Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1359

20. 12. 77

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den Zweiten Teil der 23. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 28. bis 30. November 1977

Während der November-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Politische Fragen** (Anwendung der Schlußakte der KSZE; Internationaler Terrorismus; Beitrag der WEU zur Entwicklung der Europäischen Union; Europäische Sicherheit und Probleme in Afrika)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Schwencke (S. 7), Dr. Müller (S. 8; 10; 14; 17; 19; 23), Dr. Vohrer (S. 8), Dr. Mende (S. 8), Mattick (S. 11; 23); Dr. Geßner (S. 12), Frau von Bothmer (S. 13; 16; 20; 24), Dr. Enders (S. 23)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 307 betr. die Anwendung der Schlußakte der KSZE (S. 13)

Empfehlung 309 betr. den Beitrag der WEU zur Entwicklung der Europäischen Union (S. 16)

— **Verteidigungsfragen** (Fernmeldewesen und Krisenmanagement innerhalb des Bündnisses; die strategische Mobilität)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Vohrer (S. 14), Mattick (S. 14)

Beschluß der Versammlung

Empfehlung 308 betr. Fernmeldewesen und Krisenmanagement innerhalb des Bündnisses

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

— **Haushaltsfragen** (Haushaltsentwurf für die Verwaltungskosten der Versammlung 1978; Rechnungslegung und Prüfungsbericht der Verwaltungskosten der Versammlung 1976)

Hierzu sprachen die Abg. von Hassel (S. 15), Alber (S. 15)

— **Wissenschaft, Technik und Raumfahrt** (Die Verbreitung der Kernenergie und die Verteidigungsprobleme; die Fortschritte auf dem Gebiet der Raumfahrt)

Hierzu sprach Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 21)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 310 betr. die Verbreitung der Kernenergie und die Verteidigungsprobleme (S. 22)

Empfehlung 311 betr. die Fortschritte auf dem Gebiet der Raumfahrt

— **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten)

Hierzu sprach Abg. Dr. Mende (S. 24)

Beschluß der Versammlung

Richtlinie 47 betr. Gesetzliche Regelungen für die Wahl des Europäischen Parlaments sowie über die Rundfunk- und Fernsehübertragung von Parlamentsdebatten

— **Geschäftsordnung** (Verfahren bei der Wahl des Präsidenten der Versammlung, falls nur ein Kandidat vorhanden ist)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Abg. Alber (CDU/CSU) wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des Haushalts und der Verwaltung gewählt.

Zur Versammlung sprachen Frau Dr. Hamm-Brücher, Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, (S. 5), General Alexander Haig, SACEUR, und der Staatssekretär im französischen Außenministerium, Jean-François Deniau.

Bonn, den 14. Dezember 1977

Kai-Uwe von Hassel	**Dr. Manfred-Achim Geßner**
Stellvertretender Sprecher	Sprecher

Montag, 28. November 1977

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Kai-Uwe von Hassel

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir eröffnen unsere heutige Sitzung in einer Zeit, in der die Europäer beunruhigt sind. Die internationale Situation ist voller Gefahren. Die Sowjetunion verstärkt noch ihren harten militärischen und politischen Druck. Die Konflikte in Afrika scheinen sich zuzuspitzen. Ein Hoffnungsschimmer ist immerhin im Nahen Osten sichtbar. Ägypten und Israel haben einen wesentlichen Schritt in Richtung auf die Wiederherstellung des Friedens in dieser Region getan, der nur gegründet werden kann auf der Anerkennung der Existenzrechte eines jeden.

Wir begrüßen diesen mutigen Schritt, der von der einen wie von der anderen Seite getan wurde. Aber das sind nur die offenkundigen Aspekte eines tiefer greifenden politischen Übels. Zu oft nämlich wird die Fähigkeit unserer demokratischen Institutionen bezweifelt, auf Angriffe, denen unsere alten europäischen Zivilisationen ausgesetzt sind, entsprechend zu reagieren.

Der **Terrorismus** ist die abscheulichste Form dieser Aggression. Wenn die Herausforderung der liberalen Gesellschaft die Gestalt der Kriminalität annimmt, dann müssen die zu ihrem Schutz bestehenden Gesetze in aller Schärfe angewandt und die Mittel zur Unterdrückung der Gewalt der Gefahr entsprechend verstärkt werden. Was uns betrifft, die Mitglieder der einzigen parlamentarischen Versammlung, die satzungsgemäß dazu befugt ist, Probleme der Sicherheit zu erörtern, sollten wir nicht die Mitgliedsregierungen der Westeuropäischen Union auffordern, unter Anwendung von Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrages eine gemeinsame Antwort auf diese Aggression gegen den sozialen Frieden zu geben? Wir sind alle angesprochen, weil der Terrorismus nicht nur ein Problem für ein oder zwei Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union ist, sondern ein internationales Problem, das sich fast allen freien Ländern stellt.

Aber die heimtückischste Gefahr liegt in der Verbreitung einer Art **europäischen Defätismus.** Einige sind der Ansicht, daß einzig die Supermächte künftig eine Weltpolitik konzipieren und praktizieren, die Rohstoffpreise drücken, über eine Währungspolitik entscheiden, moderne Technologien entwickeln und über das Schicksal eines Systems kollektiver Sicherheit bestimmen können. Doch wir sind, so scheint mir, keineswegs zur Aufgabe verdammt. Wenn Europa eine Einigung erzielt, kann es die bedeutendsten Pläne verwirklichen. Das politische System in unseren Ländern hat zwar den Nachteil, die ideologischen Kontroversen und Streitigkeiten von Personen hervorzuheben, aber es ermöglicht durch seine Flexibilität, sehr rasch Nutzen aus den technischen Fortschritten zu ziehen und unter geringstem Verschleiß mit den erforderlichen sozialen Veränderungen Schritt zu halten.

Der einzige Grund, warum 250 Millionen Europäer nicht denselben Einfluß ausüben können wie die Supermächte, besteht in ihrer Uneinigkeit. Dem muß ein Ende gesetzt werden. Die Gefahren, die uns bedrohen, sind uns dabei zuträglich. Unser Bemühen, unseren Kindern eine Zukunft zu sichern, die der Ambitionen würdig ist, die wir uns für sie vorstellen können, macht dies für uns zu einer zwingenden Pflicht. Es fehlt den Europäern nicht an Institutionen, die ihnen eine Verständigung ermöglichen, sondern an dem Willen, diese Institutionen mit Leben zu erfüllen. Zu oft werden die europäischen Organisationen als einfacher Rahmen für Feilschereien betrachtet. Es geht darum, aus ihnen Organe für die Erarbeitung einer gemeinsamen Anschauung und einer gemeinsamen Politik zu machen.

Häufig wird gegen die Europäische Union das nachteilige Argument erhoben, daß die Sicherheit Europas von den Vereinigten Staaten abhänge und daß man daher nichts unternehmen dürfe, was unser Bündnis schwächen könne.

Es besteht kein Zweifel: das **Atlantische Bündnis** begründet unsere Sicherheit. Alle Mitglieder der Versammlung wissen, daß die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Europa der Schlüssel für die Abschreckung der Aggressoren ist. Das heißt nicht, daß die Europäer darauf verzichten müssen, sich untereinander über ihre gemeinsamen Probleme abzustimmen. Niemals hat eine Idee größere Aktualität besessen als diejenige, die Präsident Kennedy 1962 in Philadelphia verkündet hatte: daß das Atlantische Bündnis auf zwei Pfeilern ruhe, auf einem europäischen und einem amerikanischen. Den Aufbau Europas zu vernachlässigen bedeutet daher, die Allianz zu schwächen.

Um den europäischen Pfeiler zu verstärken, muß man der europäischen Rüstungsindustrie in erster Linie die Möglichkeit geben, an der Spitze des Fortschritts zu bleiben. In diesem Bereich stößt Europa auf schwerwiegende Hindernisse. Die Verteidigungsminister Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens, denen ich nacheinander meine Antrittsbesuche abgestattet habe, haben mir ihre diesbezüglichen Bedenken dargelegt.

In einer Zeit, da die Sowjetunion ihre Feuerkraft beständig erhöht und die Rüstungskosten unablässig steigen, müßte in der Tat eine **europäische Rüstungspolitik** festgelegt werden, um die Anstrengungen zu erleichtern und zu koordinieren, die Europa unternehmen muß, um zu vermeiden, daß sich ein Ungleichgewicht verstärkt.

Das von unserer Versammlung im letzten Frühjahr veranstaltete Kolloquium hat gezeigt, daß dieses Ziel trotz einiger übereinstimmender Ansichten nicht leicht zu erreichen wäre. Kann es nicht möglich sein, ein so schwerwiegendes Problem zu erörtern und dabei die ideologischen Debatten über das atlantische oder das europäische Europa und die jeweiligen Vorzüge der Integration oder der Unabhängigkeit beiseite zu lassen, um unsere Kräfte

im Hinblick auf den Schutz und die Entwicklung unserer Rüstungsindustrie zu mobilisieren?

Die zentrale Frage scheint mir dabei die Notwendigkeit zu sein, das Ausmaß der Verteidigungskräfte nach dem Grade der Bedrohung auszurichten. Obwohl jedes Mitglied dieser erlauchten Versammlung — wie jeder vernünftige Europäer — die Entspannung will, weiß der objektive Beobachter, daß die Rüstung im Warschauer Pakt für uns im Westen unverständlicherweise weiterhin zunimmt. Unsere Anstrengungen müßten dem also Schritt halten. Dabei aber stoßen wir auf unüberwindbare finanzielle Hindernisse, die abzubauen unsere Staaten keine Neigung zeigen.

Die in der WEU unermüdlich verfolgten Bemühungen sollten also dahin gehen, durch gemeinsame Entwicklung, gemeinsame Produktion, gemeinsame Einführung des Gerätes und der Waffen, gemeinsame Logistik mit dem gleichen finanziellen Aufwand ein höheres Maß an Verteidigungskraft zu erzielen. Meine Damen und Herren, man hat ausgerechnet, daß das Erreichbare — für gleiche Mittel — das 1,3fache wäre. Man erreicht übrigens auch eine ausgeglichenere Beschäftigung, trägt damit bei zur Kontinuität der Arbeitsplätze, stabilisiert also auch die wirtschaftliche Gesamtsituation.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist der folgende! Es ist unvermeidlich, daß der Kauf amerikanischen Materials einen sehr großen Teil der Aufträge unserer Armeen ausmacht. Die Vereinigten Staaten haben nämlich die Möglichkeit, Material, das bereits in großen Serien hergestellt wurde, zu günstigen Preisen zu verkaufen. Demgegenüber lassen die unterschiedlichen strategischen Konzeptionen der europäischen Länder den Möglichkeiten einer gemeinsamen Produktion einen ziemlich engen Spielraum. Unter diesen Bedingungen setzt die Beibehaltung einer mächtigen Rüstungsindustrie in Europa die Durchsetzung eines politischen Willens voraus. Einzig der beharrliche Widerstand gegen den Zerfall kann die für den Kauf europäischen Materials erforderlichen finanziellen Aufwendungen rechtfertigen. Aber diese finanziellen Aufwendungen werden langfristig Früchte tragen, denn sie werden den europäischen Industrien ermöglichen, ihre Arbeitsplätze zu erhalten, ihre Erfindungskapazität zu bewahren und die technische Grundlage für eine künftige Europäische Union zu schaffen, die für den Verteidigungsbereich zuständig wäre.

Der Ständige Rüstungsausschuß kann durch seine Studien über die rechtlichen, die wirtschaftlichen und die sozialen Bedingungen in der Rüstungsindustrie einen bedeutenden Beitrag zu der Rationalisierung der Bemühungen unserer Regierungen leisten. Anläßlich des Treffens zwischen dem Politischen Ausschuß und dem Rat, an dem ich am 3. November in Bonn teilnehmen durfte, wurden präzise Fragen über die Abwicklung der Arbeiten des Ständigen Rüstungsausschusses bei der Durchführung seiner Arbeiten und seiner Aufgabe gestellt. Ich hoffe, daß die versprochenen Informationen zu gegebener Zeit vom Rat übermittelt werden, denn die Versammlung, die bereits durch ihre Empfehlungen gezeigt hat, daß sie die Arbeiten dieses Organs des Rates mit Interesse verfolgt, wird weiterhin darauf achten, daß dieses Instrument uneingeschränkt die Aufgaben ausführt, die ihm zugeteilt sind.

Zwischen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe und dem Ständigen Rüstungsausschuß der WEU muß eine Koordinierung sichergestellt werden. Ich hoffe, daß die Hindernisse, die dieser Koordinierung im Wege stehen, beseitigt werden und daß die Unabhängige Europäische Programmgruppe einer europäischen Rüstungspolitik entscheidende Impulse verleihen kann.

Unter dieser Voraussetzung kann Europa die Rolle des armen Verwandten der Vereinigten Staaten abschütteln, und das, was die Amerikaner als „Zweibahnstraße" bezeichnen, kann seine wirkliche Bedeutung erhalten. Es wäre in der Tat absurd, wenn die Vereinigten Staaten — um die Worte eines meiner Gesprächspartner zu wiederholen — uns weiterhin vorschlagen würden, einen amerikanischen Panzer zu kaufen und diesen mit einer europäischen Hupe auszustatten.

Meine Damen und Herren, die Schwierigkeiten, denen wir begegnen, zeigen sehr deutlich, daß es notwendig ist, die bestehenden europäischen Institutionen nicht nur zu behalten, sondern ihnen auch eine neue Kraft zu verleihen. Im Bereich der Verteidigung sind die in dem geänderten **Brüsseler Vertrag** eingegangenen Verpflichtungen von besonderer Bedeutung. **Artikel V** sieht obligatorischen gegenseitigen Beistand im Angriffsfall vor und **Art. VIII** „eine Beratung bei jeder Lage, die eine Bedrohung des Friedens, gleichviel auf welchem Gebiet, darstellt." Die Versammlung, wir hier, haben immer die These unterstützt, die in sehr geschickter Weise in der Empfehlung zum Ausdruck gebracht wurde, die 1976 auf der Grundlage eines Berichts unseres damaligen Kollegen Leynen verabschiedet wurde, nämlich: der Rat muß so lange „darauf achten, daß alle Bestimmungen des geänderten Brüsseler Vertrages uneingeschränkt angewandt werden", bis die Europäische Union über die zur Ausführung der Kompetenzen im Verteidigungsbereich erforderlichen Vollmachten und Aktionsmittel verfügt. Dies ist um so wichtiger, als die Aussichten auf die Schaffung einer Europäischen Union noch immer genauso vage sind und die Gemeinschaft der Neun ihr Aktionsfeld noch nicht einmal durch die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion erweitern konnte. Man darf sich ferner fragen, welche Folgen die Erweiterung der Gemeinschaft im Hinblick auf ihre politischen Kompetenzen haben wird. Auf jeden Fall bietet die WEU die Möglichkeit, eine europäischen Abstimmung in Sicherheitsfragen auf der Grundlage gegenseitiger und allgemein anerkannter Verpflichtungen durchzuführen, sobald sich dies als notwendig erweist. Darum muß die Funktionsfähigkeit der WEU und ihre Möglichkeit, wie dies in einer von der Versammlung im Juni letzten Jahres ratifizierten Entschließung des Präsidialausschusses vom 1. März 1976 hervorgehoben wurde, so lange aufrechterhalten werden, bis die von ihren Mitgliedern eingegangenen Verpflichtungen in einem anderen europäischen Rah-

men und in ebenso bindenden rechtlichen Formen wieder aufgenommen werden.

Die Unterzeichnung eines Vertrages, der die Verschmelzung der WEU mit einer in Sicherheitsfragen zuständigen Europäischen Union sicherstellt, steht nicht in unmittelbarer Aussicht. Die Direktwahl des Europäischen Parlamentes ist ein viel näherliegendes Ereignis. Die Befugnisse des Europäischen Parlamentes werden dadurch nicht geändert, aber sein Ansehen und demzufolge seine Einflußmöglichkeiten werden zunehmen. Solange jedoch der erwähnte Vertrag über die Verschmelzung nicht Wirklichkeit geworden ist oder sich auch nur abzeichnet, bleibt die Versammlung der Westeuropäischen Union auf Grund der geänderten Brüsseler Verträge die einzige europäische Versammlung, die im Verteidigungsbereich zuständig ist, und wird weiterhin für diejenigen Angelegenheiten eintreten, die ihr wichtig erscheinen.

Ich bin sicher, daß die Westeuropäische Union bei der Erfüllung ihrer Aufgabe auf die Unterstützung unserer Regierungen zählen kann. Kontakte, die ich bis vor kurzem anläßlich meiner Höflichkeitsbesuche in Paris, Luxemburg und Brüssel und auch in Bonn geknüpft habe, haben gezeigt, welch große Aufmerksamkeit unsere Minister dem Problem der Aufrechterhaltung unseres Verteidigungspotentials widmen.

Trotzdem kann die Versammlung sich im Hinblick auf den Dialog mit dem Rat über die Probleme im Zusammenhang mit der Sicherheit in Europa nicht zufrieden geben. Sie ist zwar erfreut, daß zahlreiche Minister und insbesondere die Vertreter des amtierenden Präsidenten hier begrüßt werden können, der heute unter uns weilt — ich meine damit Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher.

Aber sie hat den Wunsch, nicht nur besser über all diese Fragen unterrichtet zu werden, sondern auch einen intensiveren politischen Dialog zu führen, der im Rahmen unserer öffentlichen Debatten nicht möglich ist. Sie hat bedauert, daß die letzte Tagung in Bonn einen solchen Dialog auf Grund der Abwesenheit der meisten Mitglieder des Rates nicht ermöglicht hat. Die genauen Informationen durch die anwesenden Beamten waren von Nutzen. Die Versammlung begrüßt das Versprechen von Frau Minister Hamm-Brücher, darauf zu achten, daß z. B. auch die Nadelstiche in Haushaltsfragen beendet werden, und daß sie sich im Namen des Rates dazu verpflichtet hat, eine jährliche Periodizität der Treffen mit dem Politischen Ausschuß sicherzustellen sowie einen Bericht über die Arbeiten des Ständigen Rüstungsausschusses zu übermitteln.

In einer Zeit, da die Regierungen, die täglich mit sehr aufreibenden Problemen konfrontiert werden und unseren Völkern keine ihre Beziehungen anspornenden Zukunftsaussichten bieten können, ist die Versammlung der Westeuropäischen Union weiterhin der Auffassung, daß sie die Aufgabe hat, Pläne zu erarbeiten, Vorschläge zu machen und Anreize zu geben. Wenn einige der von uns vorgeschlagenen Lösungen für die Probleme, mit denen wir alle konfrontiert werden, auf Widerstände zu stoßen scheinen, die wir nicht vorhergesehen haben, ist es Aufgabe unserer Minister, uns darüber Mitteilung zu machen. Die Projekte, die dem Europa von morgen Gestalt verleihen werden, können in einem freien und vertieften Dialog zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern der Parlamente entwickelt werden. Unsere Versammlung ist ihrerseits entschlossen, ihre Aufgabe mit Ernst und Eifer weiter zu verfolgen. Sie erwartet vom Rat die gleiche Bereitschaft zu Dialog und Aktion.

In diesem Sinne wünsche ich, daß die Arbeiten, mit denen wir uns jetzt befassen, ihre Fortsetzung in Realisierungen finden, die den Völkern Europas den Glauben an ihre Zukunft wiedergeben.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): — Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Vor knapp sechs Monaten stand ich erstmals an diesem Rednerpult, neu im Amt des Ratsvorsitzenden und ohne detaillierte WEU-Erfahrung. In der Zwischenzeit hatte ich wiederholt Gelegenheit, Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, und vor allem Ihre sehr engagierten Tätigkeiten kennenzulernen. Erst vor wenigen Wochen bin ich mit einem Teil der Mitglieder verschiedener Ausschüsse in Bonn zu einem informellen Treffen zusammengetroffen. Der Politische Ausschuß hatte dieses Treffen angeregt; der Rat war dem Wunsch des Ausschusses gern entgegengekommen. Wir hatten uns auf ein informelles Treffen verständigt, um eine möglichst freie Aussprache zu fördern. Ich glaube, wir sind in unseren Erwartungen nicht enttäuscht worden. Der Rat hat seine von mir wiederholt bekräftigte Bereitschaft zum Dialog mit den Abgeordneten unter Beweis gestellt. Er hat sich bemüht, ihrem Bedürfnis nach rascher und unmittelbarer Information zu entsprechen. Ich glaube, wir waren uns über die Nützlichkeit regelmäßiger Treffen solcher Art einig. Ich möchte dieses informelle Treffen als ein gelungenes Experiment bezeichnen und seine Wiederholung empfehlen. Die soeben vom Herrn Präsidenten von Hassel geäußerte Meinung und der Wunsch nach noch besserer Unterrichtung und die Intensivierung des Dialogs möchte ich gern im Rat prüfen lassen. Ich hoffe, daß bei einem nächsten Treffen dieser Art dann auch der Gegenstand Ihrer kleinen kritischen Anmerkung in Ihrem Vortrag, Herr Präsident, beseitigt werden kann.

Erlauben Sie mir also, in dieser Rede zunächst zur Unterrichtung derjenigen Abgeordneten, die an dem informellen Treffen vom Rat und Politischen Ausschuß nicht teilnehmen konnten, kurz etwas zum Inhalt der geführten Gespräche zu sagen. Im zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich dann aus der Sicht der deutschen Bundesregierung einige

Ausführungen über den bisherigen Verlauf des KSZE-Folgetreffens in Belgrad machen, weil verschiedene Abgeordnete hieran ein großes Interesse gezeigt haben. Im Mittelpunkt des informellen Treffens in Bonn stand die Frage nach der **Rolle der WEU im Kräftefeld der Europa-Sicherheits- und Abrüstungspolitik.** Der Rat hat dem Politischen Ausschuß gegenüber erneut betont, daß die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft weder den auf 50 Jahre geschlossenen WEU-Vertrag noch gegenwärtige WEU-Institutionen in Frage stellen wird. Der Rat hat erneut seine volle Verantwortung für die Wahrung der vertraglichen Verpflichtungen aus dem modifizierten Brüsseler Vertrag hervorgehoben. Es ist aber auch im Sinne des Brüsseler Vertrages — lassen Sie mich das heute hier noch einmal unterstreichen —, wenn die Regierungen in völliger Übereinstimmung untereinander einen wesentlichen Teil der vertraglichen Verpflichtungen zur Vermeidung von Doppelarbeit in der Praxis durch ihre Tätigkeit in anderen Organisationen erfüllen, insbesondere in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft. Die europäische Rüstungszusammenarbeit konzentriert sich auf die Unabhängige Europäische Programmgruppe. Zur Arbeitsteilung zwischen ihr und dem Ständigen Rüstungsausschuß bei Studien zur europäischen Rüstungszusammenarbeit wird der Rat den Abgeordneten eine genauere Unterrichtung zukommen lassen, wie Sie, Herr Präsident, das vorhin auch ausdrücklich gewünscht haben.

Für eine engere außenpolitische Zusammenarbeit haben sich die EG-Staaten in der „europäischen politischen Zusammenarbeit" ein eigenes Instrument geschaffen. Während des informellen Treffens wurde auch neuerlich hervorgehoben, daß die Diskussion über eine mögliche Rationalisierung europäischer Institutionen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung sowohl die psychologischen Grundlagen der Allianz erhalten wie auch den weiteren Ausbau der europäischen Einigung im Auge behalten muß. Die gegenwärtige Form der Zusammenarbeit in NATO, IEPG und WEU spiegelt den derzeitigen Stand der Entwicklung der Atlantischen Allianz und der europäischen Einigung wider. Eine Übertragung sicherheits- und verteidigungspolitischer Funktionen auf europäische Gremien kann nur das Ergebnis eines langen politischen Reifungsprozesses sein. Zur Zeit fehlt hierfür der Konsens der Völker und Staaten. Diesen Konsens herauszubilden ist in erster Linie eine Aufgabe der Parlamentarier und der politischen Parteien in Europa. Im Bereich der Abrüstungspolitik wurden auf dem informellen Treffen auch die MBFR-Verhandlungen in Wien als wichtige vertrauensbildende Maßnahme im langfristig angelegten Ost-West-Dialog über Herstellung und Erhaltung des militärischen Gleichgewichts auf allen Ebenen charakterisiert.

Schließlich erläuterte Bundesaußenminister Genscher vor dem Politischen Ausschuß umfassend die **europäische Afrikapolitik.** Er führte aus, daß eine glaubwürdige westliche Politik zur Überwindung der Apartheid und für friedliche Lösungen im südlichen Afrika nicht nur aus moralischen Gründen, wie der Verwirklichung der Menschenrechte, sondern auch aus sicherheitspolitischen Gründen unerläßlich sei. Eine Fortführung der Apartheidpolitik würde die künstliche Allianz zwischen den kommunistischen Staaten und den Entwicklungsländern über das Ende der Dekolonisierungsperiode hinaus erhalten. Sie würde zudem die westliche Politik der Unabhängigkeit und Partnerschaft behindern, die auf der wachsenden Erkenntnis der afrikanischen Staaten aufbaut, daß es wichtiger ist, mit Staaten zusammen zu arbeiten, die Traktoren und nicht ausschließlich Waffen liefern. Die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen im südlichen Afrika, die die Gefahr der Ausweitung sowjetischer Einflußzonen in sich bergen, gehört zu den Rahmenbedingungen unserer westlichen Sicherheit.

Ich möchte meinen Bericht über unser informelles Treffen in Bonn nicht schließen, ohne Ihnen und Ihnen, Herr Präsident, zu versichern, daß die Vertreter des Rats Ihre Ausführungen zu Haushaltsfragen der WEU aufmerksam zur Kenntnis genommen haben. Als langjährige Abgeordnete bin ich mir voll bewußt, welche Probleme das gegenwärtige **Haushaltsverfahren für die Versammlung** aufwirft. Das Verfahren, das offenbar durch eine Absprache zwischen Rat und Versammlung entstanden ist, kann leider jedoch nicht innerhalb weniger Wochen geändert werden. Ich möchte Ihnen aber versichern, daß sich der Rat einer baldigen Diskussion über diese Frage bestimmt nicht entziehen wird.

Erlauben Sie mir nun aus deutscher Sicht eine kurze Zwischenbilanz über die zur Zeit andauernde **KSZE-Folgekonferenz in Belgrad** zu ziehen. Das KSZE-Folgetreffen in Belgrad war bis heute eine diskussionsfreudige, von Beiträgen und Vorschlägen erfüllte Begegnung. Eine Frage bewegt dabei alle Beteiligten: Was hat uns der Entspannungsprozeß bisher gebracht, und was trägt die KSZE-Nachfolgekonferenz zu seiner weiteren Entwicklung bei? Der Wille zur Entspannung wohl aller am Treffen in Helsinki Beteiligten ist vor dem Hintergrund der Epoche des Kalten Krieges zu verstehen, in der eine Politik der Konfrontation den Frieden gefährdete. Dieser Gefährdung des Friedens soll die Entspannung soweit wie möglich entgegenwirken, ohne daß die Kontrahenten dabei wesentliche politische Ziele opfern oder ihre ideologische Grundeinstellung ändern. Für die westlichen Demokratien soll die Entspannung so viele Freiheitsrechte wie möglich in ganz Europa verwirklichen. Dieser Wunsch stößt an die ideologischen Grenzen des kommunistischen Osteuropa. Diese Grenzen erkennen wir, halten sie aber nicht für starr und unverrückbar.

Vom Osten aus gesehen kann die Entspannung nur partiell wirken: Sie soll militärische Entlastung bringen, darf aber die ideologische Front nicht aufweichen. Diese Front brauchen die kommunistischen Systeme, um sich vom Westen abzuschirmen, und sie sprechen weiterhin — sie meinen dies wohl auch — von ideologischen Offensiven. Auch hoffen die Warschauer-Pakt-Staaten, daß die Entspannung die wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen fördert. Moskau und seine Bündnispartner benötigen Technik und technisches Wissen, um die eige-

nen Mängel bei der technischen Innovation zu kompensieren. Diese unterschiedlichen Ansatzpunkte für eine Entspannungspolitik werden, wie bereits in Genf und Helsinki, so auch jetzt auf dem Folgetreffen in Belgrad wieder deutlich.

Die westlichen Delegationen haben ihren Partnern aus dem Ostblock sechs Wochen hindurch und an immer neuen Beispielen vorgehalten, daß die humanitären Erklärungen der Schlußakte von Helsinki in den Staaten des Warschauer Paktes bis heute nicht verwirklicht worden sind. Sie haben diese Kritik deutlich und unmißverständlich aber auch mit Einsicht für das Mögliche geübt. Andererseits haben die Sowjetunion und ihre Bündnispartner versucht, sich der Implementierungsdiskussion über die humanitären Teile der KSZE-Schlußakte mit der Behauptung zu entziehen, die westliche Kritik sei eine Einmischung in innere Angelegenheiten und somit auf Konfrontation statt auf Entspannung angelegt.

Hierzu müssen wir feststellen: Mit ihrer Unterschrift unter die Schlußakte von Helsinki haben die 35 Unterzeichnerstaaten der KSZE zum Ausdruck gebracht, daß die in Korb III aufgenommenen Absichtserklärungen praktikabel sind, daß sie also nicht zum unberührbaren ideologischen Kern innerer Angelegenheiten gehören können. Ferner gilt allgemein, daß die Erinnerung an die Erfüllung von Vereinbarungen nicht als „Einmischung" bezeichnet werden kann.

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage können wir jetzt feststellen, daß die konstruktiven Gesprächsansätze in Belgrad nicht zerstört wurden. Ich glaube, man kann schon jetzt sagen, daß das Belgrader Treffen eindrücklich klargemacht hat, daß Verbesserungen im humanitären Bereich für alle westlichen Demokratien ein unverzichtbarer Teil der Entspannung sind, die wir auch nach Belgrad hartnäckig weiter verfolgen werden.

Im Gegenzug zur westlichen Inplementierungskritik sind die Staaten des Warschauer Paktes in Belgrad darum bemüht, Initiativen vorzuschlagen, die darauf abzielen, den leicht kontrollierbaren Bereich der zwischenstaatlichen Begegnungen auszubauen. Dieser Konferenzstrategie liegt, wie wir wissen, das Konzept der sowjetischen Entspannungspolitik für Europa zugrunde, nämlich eine Art „Entspannungsbetriebsamkeit" zwischen Ost und West, die, in beide Richtungen verkündet, in Westeuropa die psychologische und materielle Verteidigungsbereitschaft schwächen und die Westfront der Sowjetunion entlasten soll.

Zugleich aber enthält diese Konzeption auch einen ideologisch dynamischen Teil. Die sowjetische Strategie glaubt, daß ihr Modell des Sozialismus im Westen attraktiver wird, wenn es mit Friedensliebe und Entspannungswillen angereichert wird. Defensive und offensive Elemente zugleich bestimmen also die Entspannungspolitik der Staaten des Warschauer Paktes.

Herr Präsident, ich könnte mir denken, daß diese nüchterne Einschätzung der Konferenzlage in Belgrad, die ich eben gegeben habe, teilweise auf den Widerspruch des Herrn Abgeordneten Segre stoßen wird. Aber Sie, sehr geehrte Abgeordnete, werden auch bemerkt haben, daß ich in der Frage des Verhältnisses zwischen dem Prinzip der Menschenrechte und dem der Nichteinmischung die Akzente etwas anders gesetzt habe als Ihr Berichterstatter. Mit ihm, dem Herrn Berichterstatter, erkennen wir an, daß auch die westlichen Gesellschaften nicht ohne Mängel sind. In der Eingangserklärung der Bundesregierung hat Staatssekretär van Well in Belgrad angemerkt, daß wir diese Mängel in unserer demokratischen Öffentlichkeit kritisch diskutieren und uns um Korrekturen bemühen.

Meine bisherigen Bemerkungen zum KSZE-Folgetreffen könnten vielleicht den Eindruck erwecken, als liefe das Belgrader Treffen auf eine Ost-West-Polarisierung hinaus. Es zeigt sich jedoch ein weiteres Mal, wie wichtig die Rolle der neutralen und nicht gebundenen Staaten in Belgrad ist. Eine Vielzahl ihrer Initiativen hat bis heute dazu beigetragen, daß dieses Treffen eben nicht zu einer Polarisierung zwischen den Blöcken geführt hat. Gerade diese Staaten haben unser Anliegen, die KSZE durch Verwirklichung von mehr Rechten und Freiheiten für den einzelnen Menschen in allen Teilnehmerstaaten zu nutzen, ganz wesentlich unterstützt.

Was können wir von Belgrad, was können wir vom weiteren Entspannungsprozeß erwarten? Bereits heute liegen den Delegationen in Belgrad mehr als 80 Vorschläge für ein Schlußdokument des Treffens vor. In ihm sollen die weitere Entwicklung des Entspannungsprozesses auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki umrissen und einzelne Bereiche für ihre weitere Implementierung festgelegt werden. Aus der Fülle dieser Vorschläge wird das Treffen diejenigen auszuwählen haben, die dem Entspannungsanliegen der KSZE auch weiterhin dienen können.

Unserer Überzeugung nach muß das Schlußdokument zu einer einheitlichen, kraftvollen Aussage über die zentralen Anliegen gestaltet werden. Es muß den Schwung der Schlußakte von Helsinki aufnehmen, womöglich verstärken und bis zum nächsten fest zu vereinbarenden Treffen der KSZE-Teilnehmerstaaten tragen — im Interesse des Friedens und der Entspannung in Europa.

Herr Präsident, abschließend möchte ich der Arbeit der Versammlung im Namen des Rates einen befriedigenden Verlauf wünschen und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für Ihre Aufmerksamkeit danken.

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident, ich möchte der Frau Staatsminister eine Frage stellen. Sie, Frau Staatsminister, haben das Dokument von Helsinki als ein Dokument des Willens zur Entspannung bezeichnet und haben in einer Zwischenbilanz, die Sie im zweiten Teil Ihrer Rede gezogen haben, diesen Willen zur Entspannung kritisch bewertet; Sie haben ihn jedenfalls noch nicht allzu hoch bewertet.

Meine Frage ist, ob Sie nicht im Zusammenhang mit dem **Dokument von Helsinki** registrieren bzw. anerkennen würden, daß erst auf der Grundlage dieses Dokuments eine gewisse Legitimation in den Staaten des Ostblocks für **Bürgerrechtsbewegungen** entstanden ist, die wirksame und leider vorläufig noch notwendige Aktionen für die betroffenen Bürger durchzusetzen versuchen. Würden Sie diese Entwicklung nicht auch im Zusammenhang mit Helsinki sehen und die Zwischenbilanz positiver ziehen?

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Ich habe in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß alle Vertreter europäischer Demokratien immer wieder und nachdrücklich auf die Beachtung der Menschenrechte und auf die Vereinbarungen in der Schlußakte von Helsinki hingewiesen haben und daß wir selbstverständlich auch bei den weiteren Beratungen in Belgrad immer wieder darauf hinweisen werden, daß auch diese Bürgerrechtsbewegungen im Sinne der Schlußakte von Helsinki anerkannt werden müssen und nicht verfolgt werden dürfen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Frau Staatsminister, ich möchte an die Frage anknüpfen, die mein Kollege Radius gestellt hat und die den internationalen Terrorismus betraf. Sehen Sie auch im Hinblick auf die Verhandlungen in Belgrad eine Chance, die Frage des **internationalen Terrorismus** über die ideologischen Grenzen hinweg zu erörtern, weil es ja keinen Zweifel daran geben kann, daß diese ideologisch verschiedenartige Orientierung heute in der Welt für den internationalen Terrorismus mißbraucht werden kann? Es gibt ja auf der Szene des internationalen Terrorismus immer noch Kräfte, die sich — vielleicht unter dem Vorwand ideologischer Verschiedenheit — dieses verbrecherischen Mittels zur Erpressung von Regierungen bedienen, die dann nicht mehr erpreßt werden könnten, wenn wirklich eine internationale Übereinkunft, eine Vereinbarung über die Grenzen hinweg vorhanden wäre.

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Zur Frage des Abgeordneten Müller bezüglich des internationalen Terrorismus und danach, ob darüber auch auf der Konferenz in Belgrad diskutiert werden soll und kann, möchte ich auf die Initiative von Bundesaußenminister Genscher bei den Vereinten Nationen verweisen. Wir gehen davon aus, daß die Vereinten Nationen der richtige Ort sind, um zu einer weltweiten Übereinkunft gegen Geiselnahme und Terrorismus zu kommen. Belgrad allein wäre als Forum hierfür wohl kaum ausreichend.

Dr. Vohrer (FDP): Frau Minister, nachdem schon drei Kollegen — Herr Radius, Herr Müller und jetzt auch noch Herr Péridier — die Frage des **Terrorismus** angesprochen haben, würde mich interessieren, ob Sie im Terrorismus vorwiegend eine Bedrohung für Europa sehen oder vielleicht auch bis zu einem gewissen Grade eine Chance, daß sich Europa hier mit einer gemeinsamen Antwort dem Problem stellt. Denn ich sehe in der Antwort, die wir im Europarat auf die Herausforderung des Terrorismus gegeben haben, eine Möglichkeit, mit der sich Europa gemeinsam dem Problem stellt. Mich würde interessieren, ob Sie mit dieser Linie übereinstimmen und ob Sie nicht auch bis zu einem gewissen Grade die Chance sehen, daß Europa eine gemeinsame Antwort auf die Herausforderung des Terrorismus finden kann.

Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher erwidert, die Zusammenarbeit zwischen den EG-Staaten, aber auch den Mitgliedstaaten des Europarates, in Fragen des Terrorismus und der Geiselnahme sei bisher so erfreulich und erfolgreich gewesen, daß davon auszugehen sei, daß ein gemeinsames Vorgehen der westlichen Demokratien bei der Überwindung des Terrorismus und seiner Gewalttaten dann gelingen könne, wenn die Erklärungen und die Vereinbarungen in konkreten Fällen auch eingehalten und durchgeführt würden.

Tagesordnungspunkt:

Anwendung der Schlußakte der KSZE

(Drucksache 753)

Berichterstatter: Abg. Segre

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte europäische Kollegen! Ich habe im Politischen Ausschuß dem Bericht des Kollegen Segre nicht zustimmen können und werde das auch hier in der Vollversammlung nicht tun. Sie haben, Herr Kollege Segre, das Recht — und auch die Kollegen haben das Recht —, die Gründe für die Ablehnung hier zu hören.

Mir scheint, daß die aus der **Schlußakte von Helsinki** für alle Teilnehmerstaaten resultierende Verpflichtung aus **Korb III** im Bericht zu kurz gekommen ist.

Nun ist der Berichterstatter — bei allem Respekt vor der Objektivität seines Berichtes — natürlich nicht in der Lage, über seinen politischen Schatten zu springen, und ich bewundere ohnehin seine Kunst, den Bericht noch annähernd adäquat im Sinne dessen zu halten, was der Ansicht der Mehrheit des Ausschusses entspricht.

Wir machen den großen Fehler, in der Beurteilung der Handhabung der Menschenrechte immer nur Helsinki zu zitieren. Wir sollten aber gerade hier in Paris nicht vergessen, daß vor fast 30 Jahren — nächstes Jahr, am 10. Dezember 1978, sind es 30 Jahre — die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen feierlich verkündet wurde. Wir begehen ja in den Teilnehmerstaaten der UNO jedes Jahr den Tag der Menschenrechte. Es empfiehlt sich doch, gewissermaßen als Ergänzung zu Korb III von Helsinki einmal nachzulesen, was in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen bindend für alle statuiert ist. Gerade die

Sowjetunion und die kommunistischen Staaten haben in den Verträgen der letzten zehn Jahre, auch in den Verträgen mit der Bundesrepublik Deutschland, immer wieder die Berufung auf die **Charta der Vereinten Nationen** gewünscht.

Man braucht sich hier nur drei Artikel noch einmal in Erinnerung zurückzurufen, um den ganzen Widerspruch, den politisch-geistigen und moralischen Widerspruch, zwischen Wort und Wirklichkeit zu ermessen.

Artikel 12:

Niemand darf willkürlicher Einmischung in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim oder seinen Briefwechsel oder Angriffen auf seine Ehre und seinen Ruf ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf den Schutz des Gesetzes gegen solche Einmischung oder Angriffe.

Artikel 13:

Jeder hat das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt innerhalb der Grenzen aller Staaten.

Jeder hat das Recht, jedes beliebige Land einschließlich seines eigenen zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.

Artikel 19:

Jeder hat das Recht auf Meinungs- und Äußerungsfreiheit, insbesondere das Recht, wegen seiner Überzeugungen nicht beunruhigt zu werden und Nachrichten und Gedanken durch jedes Ausdrucksmittel und unabhängig von Grenzen einzuholen, zu empfangen und zu verbreiten.

Das ist gewissermaßen die Grundlage, auf der wir überhaupt erst Korb III von Helsinki beurteilen können. Und da sieht es in der Tat mit der Wirklichkeit in den Teilnehmerstaaten von Helsinki bzw. jetzt von Belgrad schlecht aus, wenn sie von der kommunistischen Ideologie bestimmt werden.

Herr Kollege Segre hat im Abschnitt X auf den **„Radikalen-Erlaß"** Bezug genommen und damit auch Kritik an gewissen, wie er sagt, Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland geübt, und Herr Kollege Boucheny hat uns unter dem 11. August auf einem Bogen des Senats der französischen Republik einen Offenen Brief kommunistischer Genossen aus Hamburg zugeleitet, einen Offenen Brief, in dem sich kommunistische Gesinnungsgenossen von Herrn Boucheny unter Hinweis auf den sogenannten Radikalen-Erlaß an den Bundeskanzler Helmut Schmidt in Bonn und an den Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Hans-Ulrich Klose, wenden.

Meine verehrten Kollegen, das zwingt geradezu dazu, die Frage aufzuwerfen: Was steht denn eigentlich in dem so viel gelästerten und viel gedeuteten und mißgedeuteten „Radikalen-Erlaß"? Ich habe diesen Erlaß hier. In ihm heißt es:

Die Regierungschefs der Länder — der Bundesrepublik Deutschland — haben in einer Besprechung mit dem Bundeskanzler am 28. 1. 1972 — also damals mit dem Bundeskanzler Willy Brandt — ... die folgenden Grundsätze beschlossen, ... :

1. Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern

... darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt,

... sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen.

Und dann heißt es bezüglich der Bewerbung im öffentlichen Dienst:

Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt.

Für Beamte gilt eben, daß sie in einem Treueverhältnis zum Staat stehen. Eine Gewerkschaftszeitung bringt vor einigen Tagen unter der Überschrift „Verfassungsfeinde mit Beamtenpension im Rükken" einen kritischen Artikel zu den Professoren, die gegenwärtig Jugendliche auf Universitäten gegen unseren freien demokratischen Staat aufhetzen, aber das im Schutz ihrer verfassungs- und beamtengesetzlich gesicherten Pensionsansprüche tun.

Dieser „Erlaß" heißt im übrigen „Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst". Er enthält also keine „Berufsverbote", wie das in Verdrehung des Wortes in einem großen Teil der internationalen Presse behauptet wird. Vielmehr regelt er lediglich die Nichtbeschäftigung kommunistischer oder nazistischer Kräfte im öffentlichen Dienst, als Beamte, Angestellte und Arbeiter in Bund, Ländern und Gemeinden. Welches ist denn der geistige Hintergrund, verehrte Kolleginnen und Kollegen? Dieser Erlaß zieht die Konsequenzen aus den geschichtlichen Erfahrungen während der Zerstörung der Weimarer Republik. Denn es waren in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in den ersten 30er Jahren, Kommunisten und Nationalsozialisten, die im Preußischen Landtag und im Deutschen Reichstag gemeinsam gegen die staatstragenden Parteien der Weimarer Republik stimmten und die Weimarer Republik zum Einsturz brachten.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland heute die Pflicht, aus den Fehlern der damaligen Zeit zu lernen und Radikale, die den Staat zerstören wollen und die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellen, weder im öffentlichen Dienst des Bundes noch in dem der Länder oder der Gemeinden zu dulden. Sie dürfen jeden Beruf erwählen, sie können alles lernen, aber in einem Treueverhältnis zu dem Staat, den sie zerstören wollen, können sie als überzeugte Kommunisten oder als überzeugte Faschisten gar nicht stehen. Und um ihnen die Gewissensnot zu ersparen, verzichten wir auf solche zerstörerischen Kräfte im Dienst der Bundesrepublik Deutschland.

Das ist das, was Herr Kollege Segre mit „Radikalen-Erlaß" bezeichnet. Das ist kein Radikalen-Erlaß, sondern ein Selbstschutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Zunächst würde es mich reizen, etwa das Thema aufzugreifen, das mein italienischer Kollege de Poi auch schon erwähnt hat, nämlich die besondere Rolle, die verschiedene kommunistische Parteien und ihre Ideologen heute spielen. Es würde mich reizen, über Carillo, Berlinguer, aber auch über Gramsci zu reden. Ich habe das schon in der Juni-Versammlung getan; ich möchte das bewußt lassen. Ich möchte mich nur auf zwei Punkte des Berichts beschränken, den unser Kollege Segre vorgelegt hat, und ich muß dann auch noch auf etwas eingehen, was mein Vorredner gerade gesagt hat. Es ist besonders reizvoll, daß ich das gleich nach ihm tun kann.

Zunächst möchte ich jedoch folgendes klarstellen. Lieber Kollege Pecchioli, diejenigen, die hier sprechen — das nehme ich für mich in Anspruch — sprechen nicht mit den Scheuklappen einer Partei. Wenn ich hier etwa an dem Bericht Kritik übe, dann tue ich das im Geist der Deklaration der Menschenrechte, wie sie in den Vereinigten Staaten vor zwei Jahrhunderten verabschiedet wurden oder wie sie aus der Tradition der großen französischen Revolution stammen. Ich glaube, man kann jedem in einer parlamentarischen Versammlung unterstellen, daß er das tut; denn unser Parlamentarismus in Europa geht auf diese Tradition zurück. Ich habe auch keine Vorurteile oder Scheuklappen; ich glaube, daß diese eher woanders zu suchen sind.

Jetzt komme ich zu den zwei Punkten, die ich aufgreifen möchte. Unter Punkt 45 seines Berichtes spricht Kollege Segre über die **Situation in Polen** nach dem Abkommen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Es heißt dort, daß wegen der KSZE und durch die KSZE die Wünsche von Zehntausenden von **Deutschstämmigen** erfüllt worden sind und ihnen die Wahl gelassen wurde, in ihr Ursprungsland zurückzukehren oder endgültig in ihrem neuen Heimatland zu bleiben. In dieser Formulierung ist sicher zunächst einmal wichtig, daß dieser Wunsch für Zehntausende erfüllt worden ist; aber es gibt mehrere Zehntausende, für die dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist. Hinsichtlich der Semantik möchte ich noch anfügen, daß die Aussage dieses Satzes nicht ganz stimmt; denn die Deutschstämmigen in **Oberschlesien** sind nicht in ein fremdes Land eingewandert und wollen wieder zurück, sondern sie sind durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges von ihrem Mutterland abgetrennt worden, zu einem anderen Land gekommen und möchten heute in ihr eigentliches Mutterland zurück. Daß nicht alle dies können, möchte ich Ihnen an einem Zitat zeigen, das aus der Zeitschrift „Der Spiegel" stammt, die nicht das Hamburger Kopfblatt des „Bayern-Kuriers" aus München, sondern ein Magazin ist, das eher der sozialliberalen Koalition nahe oder links von ihr steht. Selbst diese Zeitschrift beschreibt, mit welchen Schwierigkeiten Deutsche zu tun haben, die dort Anträge stellen wollen, um auszureisen. Sie stellen sich in der Frühe an, werden von der Miliz auf Lastkraftwagen gesetzt, werden 20 Kilometer ins Land hinausgefahren, dort auf freiem Feld abgesetzt und können in die Stadt zurücklaufen und sich neu anstellen. In der Zwischenzeit ist die Behörde geschlossen worden, und sie können ihr Gesuch nicht einbringen. Das sind sicher krasse Fälle, die dort auftreten. Wenn man diese Frage in einem Bericht überhaupt erwähnt, wie das der Kollege Segre getan hat, sollte man das hier etwas objektiver tun und es so darstellen, wie es tatsächlich ist.

Meine zweite Bemerkung betrifft ein Thema, das der Kollege Mende schon angesprochen hat, nämlich den „Radikalen-Erlaß". Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, was heißt **Radikalen-Erlaß** oder sogenannte **Berufsverbote?** Der Kollege Mende hat es erläutert, und ich kann voll und ganz unterstreichen, was er gesagt hat. Die kommunistischen Parteien in Frankreich oder in Italien protestieren dagegen, daß z. B. Frau Gingold bei uns in der Bundesrepublik nicht Beamtin, nicht Lehrerin werden durfte. In Wirklichkeit unterrichtet Frau Gingold an Schulen in Hessen. Sie ist aber als Angestellte dort tätig und nicht zur Beamtin ernannt worden, weil dies auf Grund unserer Gesetze, die Ihnen der Kollege Mende vorhin schon erläutert hat, nicht möglich ist. Warum ist das nicht möglich?

Auch das darf ich Ihnen erläutern. In dem Zentralorgan der kommunistischen Studentenorganisation Spartakus in den „Roten Blättern" ist in meinem Lande ein interessantes Interview mit einem Vorstandsmitglied dieser Organisation enthalten. Dieses Vorstandsmitglied wird zur Frage der Menschenrechte, der freien Wahlen, der freien Gewerkschaften usw. befragt. Wissen Sie, was es geantwortet hat? Warum soll es in der DDR, die es verteidigt, etwa den „Vorwärts", das Organ der sozialdemokratischen Partei, zu kaufen geben? Wenn wir den „Vorwärts" von der SPD zulassen, müssen wir auch ein demokratisches Blatt zulassen. Warum sollen wir in der DDR freie Gewerkschaften haben? Wenn wir die Gewerkschaften zulassen, müssen wir vielleicht auch einen Unternehmerverband zulassen. Es heißt weiter: Warum sollen wir freie Wahlen zulassen, warum sollen wir Sozialdemokraten kandidieren lassen? Dann müssen wir vielleicht auch Christdemokraten kandidieren lassen. Das ist der Geist, der in der Deutschen Kommunistischen Partei herrscht. Ich maße mir nicht an, mich über die italienische kommunistische Partei oder über die französische kommunistische Partei zu äußern. Ich menge mich nicht in die internen Angelegenheiten eines anderen Landes ein. Aber als deutscher Parlamentarier, der einen Eid auf sein Grundgesetz geleistet hat, ist es meine Pflicht und Schuldigkeit, diese Situation zu sehen und ganz klare Standpunkte einzunehmen.

Lassen Sie mich hier noch ein Beispiel anführen. Ich habe vor wenigen Wochen einen Besuch in Italien gemacht. Es hat erhebliche Unruhen auf den Straßen gegeben, man hat Autos angezündet, Parteibüros vernichtet. Ich habe einen kommunisti-

schen Kollegen in Italien gefragt, warum das alles passiert. Dieser kommunistische Kollege in Italien hat gesagt: weil ein linksradikaler Radiosender und ein linker Buchladen geschlossen wurden. Ich fragte ihn: Protestieren Sie nicht gegen diesen Faschismus, daß die Läden geschlossen werden? Er sagte zu mir: Nein, das war notwendig, und wir werfen den Christdemokraten vor, daß sie in dieser Frage nicht rascher gehandelt haben. In Deutschland ist kein Radiosender und auch kein linker Buchladen geschlossen worden. In Deutschland können Sie jedes Buch, das Sie wollen, kaufen. Selbst die Kommunistische Partei Italiens ist an dem Verlag in Deutschland beteiligt und stellt kommunistische Bücher her, die auch von mir gekauft werden, weil sie eine interessante Lektüre darstellen. Nur glauben wir, daß im Staatsdienst niemand Beamter werden kann, der diesen Staat zugrunde richten will.

Ich wende mich im Zusammenhang mit einer Menschenrechtsdebatte dagegen — das ist der gravierende Punkt des Kollegen Segre —, daß hier das, was in den sogenannten sozialistischen Ländern passiert, in einer anderen Bemerkung mit dem „Radikalen-Erlaß", mit der Telefonüberwachung wie es so schön heißt, verglichen wird, weil es einen Mißbrauch gegeben hat. Ich möchte hier nicht fragen, in welchen Ländern es noch Mißbrauch gegeben hat. Außerdem wurde das mit den Problemen in Zypern und in Nordirland verglichen. Das ist einfach nicht vergleichbar, und das entspricht nicht den objektiven Gegebenheiten.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Bemerkung machen. Hätte es einen Radikalen-Erlaß oder die Anwendung des Beamtengesetzes, wie wir es heute haben, in der Weimarer Republik gegeben, so wäre Hitler in Braunschweig nicht Regierungsrat geworden, er hätte deshalb bei deutschen Wahlen gar nicht kandidieren können und die Situation wäre damals vielleicht ganz anders gewesen.

Glauben Sie angesichts der Situation nicht, daß man ein gewisses Maß an Objektivität in den Raum stellen und nach nüchternen Gesichtspunkten urteilen muß? Lassen Sie mich noch ganz kurz auf ein Problem eingehen, das der Kollege Pecchioli angesprochen hat, als er von einem bayerischen Politiker sprach. Er sprach davon, daß er für die Arbeiterbewegung spreche und daß die Arbeiterbewegung hier auch zu Wort kommen müsse. Sie kommt vermutlich durch den Kollegen Pecchioli, sie kommt aber auch durch mich zu Wort; denn ich bin auch aktiver Gewerkschaftler, und in meinem Wahlkreis steht über die Hälfte der Arbeiter sicher hinter meiner Partei und hinter mir. Also bin ich auch ein Bestandteil der Arbeiterbewegung, um das ganz klar zu sagen. Der Vorsitzende meiner Partei ist jener Politiker, der gerade angegriffen wurde: Herr Franz Josef Strauß. Was hat er in Chile getan? Er hat in Chile an einer Feier zur 125jährigen Einwanderung von Deutschen teilgenommen. Er hat dort in Chile gesagt: Wir fordern freie Wahlen in Chile, wir fordern den Übergang von einer Militärdiktatur zu einer parlamentarischen Demokratie, wir wollen freie Gewerkschaften. Vielleicht kann Herr Strauß, wenn er nach Warschau oder nach Moskau eingeladen würde, auch dort eine solche Rede halten; denn dort gibt es die gleichen Probleme wie in Chile.

Dienstag, 29. November 1977

Tagesordnungspunkt:

Anwendung der Schlußakte der KSZE

(Fortsetzung der Aussprache)

Mattick (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die **KSZE und ihre Ergebnisse** zurückkommen. In der gestrigen Debatte konnte man den Eindruck gewinnen, die KSZE-Beschlüsse hätten im Grunde genommen nichts bewirkt. Gehen Sie einmal vom Jahr 1968 aus, in dem die Warschauer-Pakt-Armeen in die CSSR einmarschierten, und vergegenwärtigen Sie sich, wie es damals in den Ostblockländern und auch in der Sowjetunion aussah. Das war zehn Jahre nach dem Chruschtschow-Ultimatum gegen Berlin. Vergleichen Sie das, was damals war, mit dem heutigen Zustand! Um das, was sich seither alles geändert hat, festhalten zu können, brauchte man eine Riesenregistratur.

Um diesen Prozeß geht es, meine Damen und Herren. Der Korb III war zu Recht mit Forderungen der westlichen Welt insbesondere gegen den Ostblock in bezug auf Freiheit und Freizügigkeit bepackt. Wenn es um den Inhalt des Begriffes Freiheit geht, steht die Freizügigkeit meiner Ansicht nach an erster Stelle. Aber hat denn jemand angesichts des verknöcherten Systems im Ostblock im Ernst angenommen, daß die dort Herrschenden in der Lage sein würden, mit einem Federstrich das zu erfüllen, was sie in den Korb III aufgenommen hatten? Aber es ist ein Prozeß eingeleitet worden, und wir haben tüchtig dazu beigetragen, daß er eingeleitet wurde. Die Begegnungen zwischen Ost und West haben in den letzten zwei Jahren einen Umfang angenommen, der die einzelnen Staaten im Sowjetblock und auch die Sowjetunion selbst veranlaßt hat, zumindest ihre Methoden wesentlich zu ändern. Früher schickten sie die Leute nach Sibirien; heute weisen sie sie aus, damit sie im Westen leben können.

Dies alles muß man doch in Rechnung stellen, wenn man sich fragt: Was hat die KSZE bis heute erbracht?

So sollten wir, glaube ich, auch die Abstimmung nachher sehen. Wer heute nein zu der Vorlage sagt, der sagt letztlich nein zur Fortsetzung der KSZE, ohne zu berücksichtigen, was diese — ich sage das jetzt als Deutscher — insbesondere auch für diejenigen gebracht hat, die unmittelbare Grenznachbarn des Ostblocks sind. Das spürt man nicht überall so wie bei uns. Ich komme aus Berlin; da spürt man es noch stärker. Ich denke also, es ist an der Zeit, daß wir uns um die Fortsetzung der

KSZE bemühen. Denn dadurch werden die im Ostblock Herrschenden dazu gedrängt, ihr inneres System allmählich immer mehr zu ändern und von der Unfreiheit mindestens zu einer teilweisen Freizügigkeit und Freiheit zu kommen.

Ich möchte noch etwas hinzufügen. Die Deutsche Demokratische Republik hat auf der letzten Tagung der IPU den Wunsch geäußert und einen entsprechenden Antrag gestellt, die **IPU-Konferenz,** also die internationale Parlamentarier-Konferenz, **1980 in Ost-Berlin** stattfinden zu lassen. Man stelle sich einmal vor, was es bedeutet, wenn die Parlamentarier der ganzen Welt einige Tage oder zwei Wochen in einer eingemauerten Stadt leben und dort fortlaufend der wirklichen Spannung gegenüberstehen. Wir sollten darüber sprechen, ob diese Konferenz dann in Ost-Berlin stattfinden kann unter der Voraussetzung, daß die Mauer noch so aussieht wie heute. Das wäre eine Aufgabe für die Zeit bis 1980, die wir uns stellen könnten.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen, die etwas vom Thema abweicht. Wir haben gestern in der Debatte leider auch einige Bemerkungen zu einer an sich internen deutschen Angelegenheit hören müssen. Ich meine, wir sollten uns, wenn wir in solche Länder fahren wie das, das Herr Strauß jetzt besucht hat, vor allen Dingen um die Gefangenen und um die kümmern, die seit Beginn der **Diktatur in Chile** in Not geraten sind. Wir sollten hier ebenso handeln, wie wir es anderen Ländern gegenüber tun. Herr Strauß aber hat in einer Versammlung in Chile gerufen: „Erhaltet euch eure Freiheit!" Niemand weiß, welche Freiheit er gemeint hat. Das mußte ich sagen, weil mein Kollege Müller gestern versucht hat, das Ganze herunterzuspielen. Es paßt an sich nicht hierher; aber mir liegt daran, dies wenigstens richtigzustellen. So verhält man sich als Demokrat nicht in einem Land, wie es Chile zur Zeit ist.

Meine Damen, meine Herren, ich bitte darum, daß wir uns am Schluß darauf verständigen, ja zur KSZE und ihrer Fortsetzung zu sagen. Denn diese Fortsetzung bedeutet, daß der eingeleitete Prozeß zu einer Entwicklung führen kann, die auch den Menschen in den Ostblockländern mehr Freiheit und Freizügigkeit bringt.

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst nicht verschweigen, daß ich manches anders bewerte und beurteile, als unser Kollege Segre das in seinem Bericht getan hat. Ich füge hinzu: Es gibt eigentlich kaum einen Bericht, mit dem ich hundertprozentig einverstanden wäre; es liegt in der Natur der Sache, daß jeder von uns einen anderen Bericht fertigen würde.

Dennoch möchte ich ebenso deutlich sagen, daß ich der Meinung bin, man kann diesen Bericht durchaus akzeptieren, weil die Meinungen, die im Ausschuß geäußert worden sind, zu einem ganz erheblichen Teil in ihm ihren Niederschlag gefunden haben. Ich finde es sehr gut, daß die Notwendigkeit der Entspannung und der Verbesserung der Situation für die Menschen in den jeweiligen Staaten, in denen Menschenrechte verletzt worden sind, mit den Stimmen vieler maßgeblicher Politiker belegt worden ist.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß es sich hier um einen langen, langen Prozeß handelt, um einen Prozeß, der nicht nur Fortschritte gebracht hat und bringt, sondern auch zu Rückschlägen geführt hat. Ich glaube, wenn man mit zu großen Illusionen an die **Entspannungspolitik** herangeht, wird man hinterher um so schneller enttäuscht sein. Deswegen kommt es darauf an, daß wir realistisch das einschätzen, was überhaupt möglich ist. Es gab Fortschritte; beispielsweise hörten wir vor einiger Zeit, daß ein Bischof in der DDR davon gesprochen hat, die **KSZE** habe für das kirchliche Leben in der DDR Fortschritte gebracht — eine Entwicklung, die man nicht unterschätzen darf. Auf der anderen Seite haben wir gesehen, daß Journalisten bei der Ausübung ihres Berufs behindert worden sind. Diese zwei Beispiele zeigen, wo es Fortschritte und wo es Schwierigkeiten gegeben hat.

Das Entscheidende ist, daß wir die Bilanz richtig sehen. Wenn ich bilanziere, komme ich zu dem Ergebnis, daß sich die Welt in bezug auf Entspannung und Normalisierung eben doch verbessert hat und daß es nunmehr darauf ankommt, diesen Trend mit allen unseren Kräften weiter voranzubringen. Man darf sich da auch durch gelegentliche Rückschläge nicht entmutigen lassen. Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist so gewaltig, daß wir Mut, Umsicht und Zielstrebigkeit nötig haben; Kleinmütigkeit ist nicht am Platze.

Ich denke, man muß sich auch darüber im klaren sein, daß wir bei unseren Bemühungen an gewisse ideologische Grenzen stoßen. Freiheit interpretieren wir ganz anders, als es beispielsweise Kommunisten tun. Aber Freiheit ist kein abstrakter Begriff, sondern beinhaltet eine große Zahl konkreter Rechte. Da aber Freiheit in den östlichen Verfassungssystemen anders als bei uns interpretiert wird, gibt es hier Probleme. Und ich sage Ihnen, wer glaubt, daß die Führungen in den osteuropäischen Staaten zulassen werden, daß sozusagen auf dem Wege über die Schlußakte der KSZE das Verfassungssystem sowjetischen Musters aus den Angeln gehoben werden könnte, der wird sich irren, ebenso wie nicht zu erwarten ist, daß wir zulassen würden, unser Regierungssystem beispielsweise durch einen internationalen Vertrag umändern zu lassen.

Hier geht es darum, daß wir den Spielraum ausloten, der auch in den osteuropäischen Ländern vorhanden ist, um den Menschen dort mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Ich glaube, es ist kein allzu großes Problem — wenn ich Zeit hätte, würde ich das im einzelnen darlegen —, nachzuweisen, daß sich eben doch manches verbessert hat.

Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Wir müssen weiter fortfahren, uns tatkräftig für Entspannung einzusetzen. Ich glaube, auch die Menschen in den osteuropäischen Staaten, die dort für die Verwirklichung von Menschenrechten kämpfen, werden dafür dankbar sein, denn, meine Damen und Herren, ich habe nicht den mindesten Zweifel: Wenn der Normalisierungsprozeß, so mühsam er

auch ist, einmal scheitern sollte, werden auch diejenigen in den osteuropäischen Staaten, die ihre Stimme für die Freiheit erhoben haben, bald wieder verstummen. — Ich bedanke mich.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Ich möchte noch einmal kurz die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß der Prozeß der **KSZE** insofern schwierig ist, da er als Entspannungsprozeß viel Geduld verlangt. Herrn Roberti möchte ich sagen: Entspannung und Sicherheit kann man nicht trennen; das eine bedingt das andere, und das ist hier selbstverständlich impliziert. Der ganze Prozeß erfordert viel Geduld, und man muß mit Rückschlägen, mit Fällen, bei denen man starke Zweifel hegen muß und ungewiß ist, rechnen und man muß sehen, daß er in seiner Langsamkeit im Gegensatz zu der übrigen Schnellebigkeit unserer ganzen Zeit und vieler sonstiger Entschlüsse steht. Das ist in sich eine Schwierigkeit, mit der wir leben müssen.

Verschiedentlich wurde geäußert, daß sich der Berichterstatter wegen seiner politischen Situation offensichtlich in Schwierigkeiten befindet. Ich weiß nicht, meine lieben Kollegen, ob sich meine christdemokratischen und konservativen Freunde in diesem Hause angesichts dieses Berichtes nicht mindestens in einer ähnlichen Schwierigkeit befinden. Meine lieben christdemokratischen und konservativen Freunde in diesem Hause, wenn Sie die Empfehlung sehen, die diesem Bericht angefügt ist, so weiß ich nicht, ob Sie, wenn diese Empfehlung im Sommer in Straßburg vorgelegt worden wäre, dagegen gestimmt hätten. Erinnern Sie sich bitte an unsere absolute Übereinstimmung in Straßburg, die Dinge betreffend, die in dieser Empfehlung wieder gesagt werden.

Der Berichterstatter hat versucht, die Gegenläufigkeit, die ich genannt habe, die dem ganzen Prozeß der KSZE innewohnt, in seinem Bericht in einem weiten Bogen zu umspannen. Ausdrücklich möchte ich betonen, daß ich den Punkt des Berichtes nicht akzeptiere, in dem die Verletzung der Menschenrechte in der Aufzählung in West und Ost sozusagen gleichgesetzt werden. Ich glaube, das kann man einfach nicht sagen; denn das, was in der UdSSR, in der CSSR, in der DDR geschieht, kann man nicht mit den Beispielen von westlicher Seite, wie im Bericht, gleichsetzen. Ich gebe dem Berichterstatter insofern recht, als es auch nach meiner Meinung überhaupt kein Land gibt, in dem die Menschenrechte absolut, wie wir alle das wünschen, vollständig erfüllt werden.

Wie schon in früheren Debatten haben wir es auch hier damit zu tun, gegensätzliche Ansichten, Überzeugungen und den gegensätzlichen Stand der Meinungen zu respektieren und uns immer wieder dazu durchzuringen festzustellen, daß, wenn wir die KSZE als Ganzes betrachten, ganz gewiß ein Fortschritt zu sehen ist. Das alles haben wir in Straßburg gemeinsam festgestellt, und dem haben wir gemeinsam zugestimmt. Ich glaube, niemand ist hier anderer Meinung. Noch vor wenigen Jahren hätte es ein solches Forum wie das der KSZE überhaupt nicht geben können.

Hinsichtlich des Verlaufs der Verhandlungen und der Beschuldigungen, die natürlich über Fehlverhalten, das aufgerechnet wird und das kontrovers ist, erhoben werden, hat sich der Berichterstatter nach meiner Meinung auf die Seite derjenigen gestellt, die glauben, daß die Konferenz in Belgrad kein Forum der Beschuldigungen und der Gegenbeschuldigungen sein soll, weil dann der ganze Prozeß dabei stagnieren würde und weil wir, wenn wir das so verfolgen würden, wie manche Kollegen das gern hätten, sehr nahe an die Grenze des Kalten Krieges kämen. Das wollen wir, liebe Kollegen, alle nicht.

In der Zustimmung zum Bericht sind natürlich Enttäuschung und Hoffnung vieler enthalten. Ich möchte ein Wort zu der Tatsache sagen, daß wir hier, meines Wissens zum ersten Mal, eine Minderheitenmeinung an den Bericht angeschlossen haben. Es ist dankenswert, daß die kontroverse Stellungnahme von Sir Frederic auf die Tatsache hinweist, daß Entspannung nicht einfach einen friedvollen Zustand zwischen den beiden verschiedenen Systemen in dem Sinne bedeutet, daß es einen absolut vertrauensvollen und glücklichen Zustand nach beiden Seiten hin gibt. Das kann überhaupt nicht erreicht werden, das liegt nicht in der Natur des Menschen, und das liegt auch nicht in der Natur der verschiedenen politischen Vorstellungen, die jeder davon hat, wie er die Welt nach seiner Idee formen möchte. Der Pessimismus darf nach meiner Überzeugung und auch nach der Überzeugung der Mehrheit des Ausschusses nicht zum Hindernis werden, um nicht alles, was in Menschenkraft steht, zu versuchen und alles daranzusetzen, um den Ansatz von Helsinki und Belgrad zu erhalten und auszubauen. Wilhelm von Oranien hat gesagt: „Es ist nicht notwendig, Hoffnung zu haben, um durchzuhalten." Dies ist ein Ausspruch absoluter Ernüchterung; aber es ist auch ein Wort der Stärke. Ich meine, daß es angemessen wäre, auch dort, wo uns Zweifel befallen, diesem Wort entsprechend in diesem Zusammenhang zu handeln.

Hinsichtlich der Empfehlung möchte ich um Zustimmung für die Verbesserungen bitten, die Sie, Herr Segre, schon genannt haben und von denen Sie sagten, daß sie akzeptabel seien. Ich glaube, daß hier eine Arbeit geleistet worden ist, die weit über das hinausgeht, was uns trennt. Wir müssen versuchen, hier den gemeinsamen Standpunkt zu finden, der nach meiner Überzeugung und nach der Überzeugung der Mehrheit des Ausschusses in der Empfehlung zum Ausdruck kommt.

Empfehlung Nr. 307

über die Anwendung der Schlußakte der KSZE

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Schlußakte der in Helsinki abgehaltenen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie die vorangegangenen Verträge zwischen den Ländern des Ostens

und des Westens den Weg für einen Prozeß eröffnet haben, der zu internationalem Frieden, zur Freiheit der Völker und zur Verwirklichung der Menschenrechte führen sollte;

ist der Auffassung, daß die Entwicklung dieses Prozesses nur schrittweise erfolgen kann;

ist der Auffassung, daß gemeinsam geplante Projekte von allen verwirklicht werden müssen;

ist der Auffassung, daß weitere Fortschritte auf dem Wege zur Entspannung auf der Konferenz von Belgrad und in anderen Verhandlungen, vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle und der gegenseitigen und ausgewogenen Truppenreduzierung in Europa, für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses erforderlich sind;

ist der Auffassung, daß eine solche Stufe nur dann erreicht werden kann, wenn alle Teilnehmer fest entschlossen sind, positive Ergebnisse zu erzielen;

empfiehlt dem Rat,

1. parallel zu den Regierungen und den zuständigen europäischen und atlantischen Organisationen mit der Untersuchung des Ablaufs der Belgrader Konferenz fortzufahren;
2. sich vorrangig darum zu bemühen, den Entspannungsprozeß durch Abkommen über die Rüstungskontrolle zu fördern, um die Verständigung und Zusammenarbeit zwischen allen Unterzeichnerstaaten zu verbessern und eine Bekräftigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu bewirken;
3. dafür Sorge zu tragen, daß alle Unterzeichnerländer die in der Schlußakte von Helsinki festgelegten Bestimmungen befolgen, da ein erneuter Hinweis auf die Notwendigkeit der Einhaltung aller Bestimmungen der gesamten Schlußakte nach ihrer Auffassung keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Unterzeichnerstaaten darstellt.

Tagesordnungspunkt:

Fernmeldewesen und Krisenmanagement innerhalb des Bündnisses

(Drucksache 757)

Berichterstatter: Abg. Watkinson

Tagesordnungspunkt:

Internationaler Terrorismus

(Drucksache 761; Dringlichkeitsantrag)

Berichterstatter: Abg. Dr. Müller

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte weniger als drei Minuten in Anspruch nehmen. Ich bin der Meinung, daß die Dringlichkeit der ganzen Angelegenheit aus dem Text sehr deutlich hervorgeht. Die Frage der **Bekämpfung des internationalen Terrorismus** ist ein Problem, das im Grunde genommen bereits gestern hätte in Angriff genommen werden müssen. Es kann keinen Zweifel an der Dringlichkeit geben, und ich bitte die Versammlung herzlich, diese Dringlichkeit zu bejahen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generals Alexander Haig, SACEUR

Dr. Vohrer (FDP): Herr General, in Deutschland wird sehr viel über die **Neutronenbombe** diskutiert und in Verbindung damit auch die Überlegung angestellt, ob sich die Nuklearschwelle durch sie weiter nach unten entwickelt. Inwieweit gibt es schon bei Ihnen erkennbare Entwicklungen, die dazu führen, daß die Anstrengungen von NATO-Mitgliedern im Bereich der konventionellen Waffen reduziert werden auf Grund der Erkenntnis, daß konventionelle Waffen durch Waffen aus dem neutronennuklearen Bereich ersetzt werden?

Ohne auf die eigentliche Frage einzugehen, führt General Haig aus, die Neutronenwaffe stelle einen Modernisierungsschritt dar, der die Abschreckungskraft des Bündnisses erhöhe und in keiner Weise die Verantwortung der Politiker für die Anwendung irgendeiner Nuklearwaffe mindere.

Mattick (SPD): Herr General, ist die sowjetische Aufrüstung nach Ihren Beobachtungen ein Zeichen für das Bemühen der Sowjetunion um Übermacht und für ihren Willen, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, oder ein Zeichen für die Sorge der sowjetischen Führung bezüglich unserer Übermacht? Sie sagten am Schluß — wenn es richtig übersetzt worden ist —, es bestehe jetzt eine **Parität.** Die Sowjetunion behauptet ja immer, sie strebe die Parität an. Ich hätte gern gewußt, wie Sie die Situation in dieser Beziehung einschätzen.

Ich habe eine zweite Frage. Sie haben für die sowjetischen Lieferungen von Rüstungsmaterial in die Dritte Welt und wohl auch in den arabischen Raum eine Summe genannt. Haben Sie dabei auch **Ägypten** einbezogen? Zeigt das Beispiel Ägypten nicht, daß man nicht davon ausgehen kann, daß die Sowjetunion auch die Anwendung aller von ihr an fremde Länder gelieferten Waffen steuern kann?

In seiner Antwort auf mehrere Fragen in diesem Bereich sagt General Haig, Parität bestehe in etwa auf dem Gebiet der taktischen Nuklearwaffen, allerdings entwickle sich eine problematische Situation in Westeuropa bei den weitreichenden taktischen Nuklearwaffensystemen. Daher das wachsende westeuropäische Interesse an den Marschflugkörpern (cruise missiles). Im konventionellen Bereich müsse die Unterlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt anerkannt werden. Sie betrage 2 zu 1 am Boden, 2 zu 1 in der Luft und bei der Panzerwaffe 4 zu 1. Folglich müßten im Bündnis die konventionellen Kräfte verbessert werden. —

Auf die zweite Frage des Abg. Mattick geht General Haig nicht ein.

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf für die Verwaltungskosten der Versammlung 1978
(Drucksache 750)

Rechnungslegung und Prüfungsbericht der Verwaltungskosten der Versammlung 1976
(Drucksache 749)

Berichterstatter: Abg. Lord Selsdon

von Hassel (CDU/CSU): Mr. President, I should like to take this opportunity to say a few words as regards the items on the agenda.

I believe that I am creating a precedent by taking the floor in the budget debate. Nevertheless, since the budget is the responsibility of the President, I feel that it is my duty to give you my views on a question of principle affecting budgetary procedure.

The budget which we are now considering for the financial year 1978, like all previous budgets, moreover, was carefully drawn up by the Assembly's administration and submitted to our Chairman, whom we all know as a very capable man. He went through it and then we discussed the whole thing in the Budgetary Committee and in the Presidential Committee. We then presented it, in accordance with our rules, to the Council of the Assembly.

According to a regulation which was made in 1960, we sent the budget through the Secretary-General to the Council and the Budgetary Committee for it to be discussed there. That is a committee of civil servants. This is where the trouble begins, and the Rapporteur has already spoken of it.

Despite the fact that great care was taken in drafting the budget to keep as low as possible the inevitable percentage increase to take account of the steady rise in the cost of living, that committee of civil servants has arbitrarily decided to reduce the budget by Fr. 10,000 as we have just heard.

Members will realise that this reduction is absolutely negligible and in fact concerns stationery, which has been reduced by this committee of civil servants by Fr. 3,000 from Fr. 150,000 to Fr. 147,000. In addition, they reduced the item for the hire of a car for the President by Fr. 3,000, from Fr. 40,000 to Fr. 37,000. The expenses for representation have been reduced by Fr. 2,000 from Fr. 100,000 to Fr. 98,000.

My purpose in going into detail is to underline the pettiness of the reductions.

We as parliamentarians are all aware in our national parliaments that increases in national budgets must be kept to a minimum and that this must also be the case in our European Assembly. But in this Assembly we operate with a budget of Fr. 7,700,000 and a total staff of 28. Can we really accept that, when the various organs of the Assembly have approved the draft budget the Council should decide to make a token reduction of Fr. 10,000 without any valid reasons being given? Why not Fr. 100,000?

I am deeply concerned by the fact that the Council seems to find such a practice normal and does not invite its Budgetary Committee of national officials to show greater circumspection and tact in its scrutiny of the sums necessary for the operation of a European Assembly which itself exercises every desirable internal control.

The Assembly's Budgetary Committee and the Presidential Committee, which met yesterday, were of the opinion that the reduction of Fr. 10,000 should not be accepted. I hope that the Assembly will agree and adopt the budget as initially drawn up, subject to an amendment covering pensions which seems reasonable. This would therefore mean that the draft budget for 1978 would amount to Fr. 7,780,000.

I trust that I have not wasted valuable debating time, but it seemed important to inform you of the way this European Assembly is being treated by officials of national Treasuries, who, I fear, are only too happy to diminish the role of the parliaments.

I think that the President must stress, on behalf of the Parliamentary Assembly, that it is a case of principle that parliaments should decide their own budgets themselves. I know of only one assembly which differs from this rule, and that is ours. We must tell the Secretary General and the Council that we will decide from 1979 onwards and that we hope that the civil servants from the other side of the table will agree that the decisions will be taken by the parliamentarians.

Alber (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der kurzen Zeit möchte ich nur einige wenige Sätze anfügen. Zunächst möchte ich mich bei Lord Selsdon sehr herzlich für seinen Bericht bedanken und die Gelegenheit wahrnehmen, ihm für seine Arbeit herzlich zu danken, denn leider scheidet Lord Selsdon Ende dieses Jahres nach einer fünfjährigen Tätigkeit hier im Hause aus. Wir werden ihn sehr vermissen, denn er war in unserem Ausschuß immer der Berichterstatter für den Haushalt, und er hat in all den Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Ich möchte mich bei ihm nochmals herzlich bedanken! (Beifall)

Herr Präsident, es ist in der Tat merkwürdig, wenn man in einer parlamentarischen Versammlung über einen Betrag von 10 000 ff debattieren muß. Denn wenn wir das auf den Haushalt umrechnen, sind das etwa 0,13 %. Nun könnte man sagen: dies sind Bagatellbeträge. Das ist in der Tat so, aber dann, wenn man schon kein Geld hat, machen natürlich 10 000 ff weniger allerhand aus, denn dann kommt man in einigen Positionen in einen Bereich, in dem man überhaupt nicht mehr arbeiten kann.

Deshalb bin ich Ihnen, Herr Präsident, sehr dafür dankbar, daß Sie selbst sich dieser Sache auch annehmen. Insbesondere danke ich Ihnen für den Vorschlag, daß wir erreichen müssen, daß über den **Haushalt der Versammlung** die Versammlung sel-

ber entscheidet und nicht irgendwelche Beamten, deren Einkommen im Zweifelsfall in der Zeit, als sie über diese 10 000 ff verhandelt haben, wesentlich höher waren als dieser Betrag, das muß man auch einmal sagen.

Wir müssen, glaube ich, langfristig auch dazu kommen, daß die Ansätze für die Versammlung in den nationalen Haushalten aus dem globalen Titel für die WEU herausgenommen werden und möglicherweise sogar aus dem Posten „Auswärtiges Amt" bzw. „Außenministerium" heraus — und in den jeweiligen Posten „Parlament" hineinkommen, denn dann entscheidet das nationale Parlament in eigener Hoheit über diese Beträge, die ja an internationale parlamentarische Organisationen fließen; dann könnte man zugleich auch erreichen, daß auch für die Zuschüsse für die Assemblée eine andere Steigerungsrate möglich ist und sie nicht immer unbedingt von den globalen Zuschüssen an die internationalen Organisationen abhängig sein müssen. Ich meine, wir sollten die Anregung des Präsidenten aufgreifen und einmal in den nationalen Parlamenten vorstellig werden, wenn es nicht gar gelingen kann, den Vertrag in diesem Punkte insgesamt zu ändern.

Abschließend möchte ich Sie bitten, den beiden Vorschlägen von Lord Selsdon zuzustimmen.

Tagungsordnungspunkt:

Beitrag der WEU zur Entwicklung der Europäischen Union

(Drucksache 756)

Berichterstatter: Abg. Forni

Schlußwort der Ausschußvorsitzenden:

Frau von Bothmer (SPD): Ich muß es eigentlich bedauern, daß die Diskussion in diese Richtung gelaufen ist. Denn im Ausschuß haben wir dem Bericht, ich glaube, bis auf ein oder zwei Stimmen zugestimmt. Hier in der Versammlung haben sich nun lediglich zwei Redner an der Debatte beteiligt, die jeweils eine Rückverweisung fordern. Die übrigen Kollegen haben sich nicht geäußert. Ich finde, diese Grundlage ist eigentlich nicht stark genug, als daß man ohne weiteres auf diese Forderung eingehen sollte.

Ich würde vorschlagen, vielleicht doch den Artikel 7 der Recommendation an den Ausschuß zurückzuverweisen, aber den Bericht so, wie er ist, anzunehmen. Den Artikel 7 können wir, wenn die Geschäftsordnung das erlaubt, in den nachfolgenden Bericht, der zu diesem Thema ja angefertigt wird, übernehmen, oder wir können ihn im Zusammenhang mit diesem Bericht neu diskutieren. Ich bin der Meinung, in diesem Bericht ist eine ganze Reihe wichtiger Fragen so angesprochen, daß uns eine Rückverweisung ein wenig unglaubwürdig machen würde.

Wir haben zum Beispiel bei unserem Gespräch mit dem Ministerrat in Bonn festgestellt, daß der Ministerrat bei aller Liebenswürdigkeit, die er uns in Bonn gezollt hat, der Aufgabe nicht gerecht wird, die politische Entscheidung über **das Ausfüllen, das Fortführen und das Weiterentwickeln des revidierten Brüsseler Vertrages** zu treffen. Wenn der Rat diese politische Aufgabe nicht wahrnimmt, hängen wir als Versammlung eben ein wenig in der Luft. Das wird auch in diesem Bericht gesagt, und ich meine, hier handelt es sich um eine ganz ernsthafte Forderung, die wir erheben müssen und wirklich nicht zurückziehen können.

Da wir das einzige parlamentarische europäische Gremium sind, das sich mit Verteidigungsfragen befaßt, sollten wir nicht darauf verzichten, deutlich zu sagen, daß wir den Gesprächspartner im Rat brauchen, wenn nicht der ganze Brüsseler Vertrag eine Illusion werden soll.

Es gibt noch einige weitere Punkte, zu denen ich mich gern äußern würde. Aber ich bitte doch, Herr Präsident, daß wir uns jetzt darüber einigen, wie wir mit dem Bericht verfahren wollen.

Empfehlung Nr. 309

betr. den Beitrag der WEU zur Entwicklung der Europäischen Union

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrages eine bindende Verpflichtung zu automatischem militärischem Beistand enthält;

ist überzeugt, daß die Anwendung dieser Bestimmung sowie die Anwendung von Artikel VIII eine enge und ständige Abstimmung der Signatarstaaten (des geänderten Brüsseler Vertrags) im Bereich der Außenpolitik und in Verteidigungsfragen erfordern;

ist ebenfalls überzeugt, daß nur die uneingeschränkte Anwendung des Vertrages das gegenseitige Vertrauen aufrechterhalten kann, das Artikel V seine volle abschreckende Wirkung verleiht;

ist der Meinung, daß weder der Nordatlantikrat noch die zwischen den Mitgliedern der EWG organisierten politischen Konsultationen unter den gegenwärtigen Umständen die in dem geänderten Brüsseler Vertrag und insbesondere in Artikel VIII vorgesehene gegenseitige Abstimmung vollständig ersetzen können;

vertritt die Ansicht, daß der geänderte Brüsseler Vertrag eine neue ethische Dimension in den Beziehungen zwischen den Signatarstaaten eröffnet hat;

ist der Auffassung, daß die Aufgabe, die der Rat dem Ständigen Rüstungsausschuß am 31. Mai 1976 übertragen hat, wesentlich dazu beitragen sollte:

a) den Weg zu einer Harmonisierung im Rüstungsbereich zu öffnen, die es ermöglicht, die Produktionskapazität von Industrien zu schützen, die für die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten von großer Bedeutung sind;

b) im Hinblick auf die Waffenverkäufe eine gemeinsame Politik für die Mitgliedsländer auszuarbeiten, die zur Abrüstung führen könnte;

bedauert, daß diese Konsultationen vom Rat in der Praxis nicht angemessen berücksichtigt werden;

ist überzeugt, daß eine künftige Europäische Union sich nur auf die die Mitgliedstaaten verbindenden Verträge und Institutionen gründen kann,

empfiehlt dem Rat

1. zu untersuchen, inwieweit der geänderte Brüsseler Vertrag tatsächlich von anderen Organisationen als der WEU angewandt wird;
2. Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrages immer dann anzuwenden, wenn die internationale Lage es erfordert, d. h. sich über jede Situation zu beraten, die eine Bedrohung des Friedens oder der wirtschaftlichen Stabilität darstellen könnte;
3. die Folgen von Artikel V für alle Mitgliedstaaten zu untersuchen, um unter anderem eine Harmonisierung der strategischen Konzeptionen und eine Stärkung des Konsultierungsverfahrens anzustreben;
4. im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine universelle, progressive und kontrollierte Abrüstung zu untersuchen, wie die WEU an der Errichtung eines dauerhaften Friedens mitwirken kann;
5. sicherzustellen, daß die dem Ständigen Rüstungsausschuß übertragene Aufgabe rasch und wirksam ausgeführt und auf den Bereich des Waffenverkaufs ausgedehnt wird, damit die angestrebte allgemeine und vollständige Abrüstung spürbare Fortschritte macht;
6. dem wiederholt geäußerten Wunsch der Versammlung zu entsprechen, einen echten Dialog über die verschiedenen Aspekte der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrages zu führen.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und Probleme in Afrika
(Drucksache 754)

Berichterstatter: Abg. Dr. Müller

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! **Afrika** galt für lange Zeit, für viele Hunderte von Jahren, als ein dunkler Kontinent für Europa. Man beschäftigte sich nicht mit ihm, obwohl dieses Afrika im Altertum, soweit es die Mittelmeerküste berührte, eine ganz besondere Bedeutung hatte, und ein großer Teil der europäischen Geschichte und auch der europäischen Geistesgeschichte von diesem Afrika aus, am Mittelmeer liegend, beeinflußt wurde.

Afrika kam erst wieder im vergangenen Jahrhundert in das Blickfeld europäischer Politik. Es ist erstaunlich, wie kurz eigentlich die Zeit von der Entdeckung großer Teile Afrikas bis hin zu der heute aktuellen politischen Bedeutung war. Man kann sich kaum vorstellen, daß es erst 120 Jahre her ist, daß von zwei britischen Forschern der Victoriasee entdeckt und beschrieben wurde. Das ist jener See, an dem heute der Staat Uganda mit seinem Staatspräsidenten durchaus eine weltpolitische Rolle spielt, ganz gleich, wie man diese Rolle einschätzen mag.

Das Zeitalter des **Kolonialismus** im 19. Jahrhundert wurde auch für das 20. Jahrhundert in Afrika prägend, wenngleich man die Rolle des Kolonialismus nicht ganz einseitig sehen darf, etwa indem man die Bekämpfung des Sklavenhandels als ein Motiv europäischer Kolonialpolitik oder auch darin die Möglichkeiten sieht, europäische Zivilisation nach Afrika zu verpflanzen. Es war für mich sehr beeindruckend, als ich vor zwei Jahren das Nationalmuseum in Daressalam in Tansania besuchte und dort eine sehr objektive Darstellung der letzten Phase des 19. Jahrhunderts sehen konnte, in dem der Beitrag eines europäischen Landes zur Entwicklung dieses afrikanischen Staates erstaunlich objektiv dargestellt wurde. Ich glaube, hier können gelegentlich Europäer umgekehrt, wenn sie ihre Geschichte darstellen, etwas lernen.

Der Kolonialismus hatte aber auch negative Erscheinungen, mit denen wir uns heute noch auseinandersetzen müssen. Ich gehe darauf ein, weil die Staaten, wie sie uns heute gegenübertreten, in den ehemaligen **Grenzen der Kolonialgebiete** geblieben sind. Das geschah mit all den Problemen, die dort auftauchten, daß z. B. Leute des gleichen Stammes in verschiedenen Ländern leben, daß die Verkehrs- oder Verwaltungssprache für den gleichen Stamm im einen Fall vielleicht Englisch, im anderen Fall Französisch ist. Die Grenzen der Kolonialreiche wurden mit ihren Problemen in die Gegenwart übernommen. Trotzdem gehen die afrikanischen Staaten und die Organisation Afrikanischer Einheit heute davon aus, daß man diese Grenzen bewahren sollte, weil alles andere nur zu neuen Konflikten führen könnte. Ich werde nachher bei der Darstellung ein paar Konflikte erwähnen, die aus dieser Vergangenheit heraus entstanden sind und heute eine sehr negative Rolle spielen.

Dieses koloniale Erbe Europas tritt uns aber heute, wenn wir afrikanische Politik betrachten und die Beziehungen zwischen Europa und Afrika ins Auge fassen, noch auf ganz anderer Ebene entgegen. Zunächst einmal hat dieses Europa sehr enge wirtschaftliche Bindungen an Afrika. Afrika ist der Kontinent, der Europa am nächsten liegt, und diese Bindungen zwischen Europa und Afrika auf wirtschaftlichem Gebiet sind beidseitig von ungeheurer Bedeutung. Auf der einen Seite liefert Afrika für die Industrie gerade Westeuropas einen großen Teil wichtiger Rohstoffe, andererseits liefert dieses Westeuropa für die Entwicklung Afrikas, gerade auch für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas eine große Anzahl von Waren und Maschinen, die für Afrika notwendig sind.

Europa gibt Afrika vor allem auch **Entwicklungshilfe,** und — das ist viel wichtiger als etwa Geld — Europa steht den afrikanischen Ländern auch mit

Rat und Tat zur Verfügung. Ich möchte sagen: Es ist eine gegenseitige Verschränkung vorhanden. Gerade die Debatten über die Probleme der Rohstoffpolitik haben gezeigt, daß einesteils die Rohstoffländer auf die Exporte angewiesen sind, die Industrieländer zum anderen Teil auf die Importe angewiesen sind und daß keiner den anderen sozusagen ausschalten kann, sondern daß man im Grunde genommen aufeinander angewiesen ist und gelegentlich auch miteinander bestimmte Bürden zu tragen hat.

Europa schaut aber auch unter dem Aspekt der eigenen Sicherheit nach Afrika. Dabei geht es nicht etwa nur um die Sicherheit der Rohstoffversorgung, die ich schon angesprochen habe, sondern es geht auch um den Aspekt der **militärischen Sicherheit Europas;** denn der afrikanische Kontinent darf nicht im Interesse der Sicherheit Westeuropas irgend jemandem in die Hände kommen, der diesem Westeuropa feindlich gegenübersteht. Wir sehen heute, daß es eine Reihe von Konflikten in Afrika gibt, die die Gefahr heraufbeschwören, daß durch Interventionen von außen diese Konflikte auch direkte Auswirkungen auf die Sicherheit Europas haben. Ich möchte hier nur, keineswegs vollständig, ein paar dieser Konflikte erwähnen. Wir haben die aktuelle Frage im Nordwesten Afrikas, den Konflikt um die frühere spanische Sahara zwischen Algerien, Marokko und Mauretanien. Wir haben den Konflikt zwischen Libyen und Tschad um das Gebiet von Tibesti. Wir haben im Osten den jetzt so brennenden Konflikt zwischen Äthiopien, Somalia oder der westsomalischen Befreiungsfront. Dabei besteht die Gefahr, daß andere Staaten darin verwickelt werden, weil es das Minderheitsproblem von bestimmten Stämmen nicht nur im Verhältnis zwischen Äthiopien und Somalia, sondern genauso im Verhältnis zwischen Kenia und Somalia gibt, um nur ein anderes Beispiel zu nennen. Wir hatten den großen Konflikt in Nigeria, einen bürgerkriegsähnlichen Konflikt; wir hatten den Konflikt im Kongo mit der Provinz Shaba, der erst vor kurzem zum Abschluß gebracht wurde. Wir haben vor allem die heftigen Auseinandersetzungen in der Folge der Dekolonialisierung in den früheren portugiesischen Kolonien, die zu der bisher stärksten ausländischen Intervention in Afrika geführt haben, nämlich im Falle von Angola, wo auch heute noch, obwohl der Bürgerkrieg nach offiziellen Äußerungen beendet ist, über 20 000 Mann ausländischer Truppen aus einem ausländischen Kontinent, in diesem Fall aus Amerika, nämlich Kuba, stehen und eine der größten Streitkräftekonzentrationen darstellen, die wir überhaupt auf afrikanischem Boden haben. Neueste Meldungen weisen darauf hin, daß etwas Ähnliches auch im Falle Äthiopiens und Somalias abläuft, was bisher allerdings nicht in dieser Größenordnung der Fall ist.

Weiter haben wir in Afrika das Problem der Staaten an der Südspitze Afrikas, das uns alle aus den verschiedensten Aspekten berührt. Hier haben wir zunächst das Problem von **Rhodesien,** einer früheren britischen Kolonie, die sich selbständig gemacht oder versucht hat, selbständig zu sein und die jetzt versucht, diesen Kolonialstatus zu beenden. Ich habe sehr eingehend zum Rhodesienproblem Stellung genommen; es gibt dort ständig eine neue Entwicklung. Lassen Sie mich zu den aktuellsten Ereignissen nur die Überzeugung äußern, daß man bei aller Klarheit der Forderung, die die Unabhängigkeit und die demokratische Gestaltung der Regierung in Rhodesien betrifft, nichts von heute auf morgen über das Knie brechen sollte, weil ich immer noch die Hoffnung habe — dafür gibt es gerade in der jüngsten Vergangenheit Anzeichen —, daß es doch noch zu einer vernünftigen Lösung kommt und man das Prinzip anerkennt: ein Mann, eine Stimme, ganz gleich, welche Hautfarbe er hat. So könnte es auf diese Art und Weise zu einer demokratischen Regelung kommen. Es gibt hoffnungsvolle Äußerungen gerade auch von Führern der schwarzen Mehrheit in Rhodesien, wie Herr Sithole und Herr Muzorewa und Chief Chirao, die sich gerade in den letzten Tagen geäußert und uns wieder etwas Hoffnung gegeben haben. Wir haben das Problem der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika, die seit 1918 unter der Verwaltung der Südafrikanischen Union stand, heute Namibia genannt. Wir hoffen, daß die Unabhängigkeit von Namibia auch hier in einer friedlichen und vernünftigen Weise geregelt werden kann. Wir haben schließlich das große Problem Südafrika, das uns durch die Politik der Apartheid große Sorgen macht.

Wenn man Afrika betrachtet und wenn man gerade das Problem Südafrika gerade auch unter dem Aspekt der **Menschenrechte** ins Auge faßt, dann sollte man bei aller Kritik das Problem nicht nur einseitig sehen. Ich möchte Ihnen dafür an einem Beispiel aufzeigen, daß es doch noch Unterschiede auf dem afrikanischen Kontinent gibt. Wir wissen alle, daß ein Führer der afrikanischen Mehrheitsbevölkerung in Südafrika auf sehr abenteuerliche und bis heute nicht ganz geklärte Weise im Gefängnis ums Leben gekommen ist. Aber es ist interessant, den Unterschied festzustellen, der etwa zwischen Südafrika und Uganda besteht. In Südafrika kann eine Untersuchung dieses Falles stattfinden, indem selbst in Regierungskreisen dieses Problem untersucht und aufgegriffen wird und man dafür sorgen will, daß solche unrechtmäßigen Maßnahmen nicht stattfinden können. Ich wäre froh, wenn das gleiche etwa in Uganda oder in manchem anderen afrikanischen Staat stattfinden würde, was hier in Südafrika geschieht.

Lassen Sie mich auch eine Bemerkung zu der Auseinandersetzung innerhalb Südafrikas um das Problem der Apartheid machen. Ich habe vor kurzem von einem Kollegen, der nicht meiner politischen Richtung, sondern der kommunistischen Richtung angehört, sehr harte Worte zu Südafrika vernommen. Er hat gesagt: Das ist ein Problem des Kapitalismus, der Ausbeutung usw. Ich glaube, gerade das südafrikanische Beispiel zeigt, daß man nicht mit dem einfachen Schema des Klassenkampfes an diese Probleme herangehen kann. Der größte Konzern Südafrikas, einer der größten Konzerne der Welt, unter der Führung von Oppenheimer, ist ein Vorkämpfer gegen die Apartheid. Sein schärfster Gegner ist die Bergarbeitergewerkschaft der Weißen, die sich gegen den Kapitalisten Oppenhei-

mer wendet, der gegen die Apartheidspolitik kämpft. Man sieht hier, daß man an diese Probleme nicht mit dem normalen Schema herangehen kann, sondern daß man dies unter anderen Aspekten — ich meine in erster Linie unter den Aspekten der allgemeinen Achtung der Menschenrechte — sehen muß.

Lassen Sie mich ganz kurz noch einmal das Wichtigste, wie es in meinem Bericht und in meiner Erläuterung dargestellt ist, zusammenfassen. Zunächst möchte ich unterstreichen, daß dieses Afrika große Bedeutung für uns in Europa hat. Diese Bedeutung kann sich im Positiven und im Negativem auswirken. Europa muß daran interessiert sein, daß sich dieses Afrika in Freiheit und Unabhängigkeit und ohne ausländische Intervention und Beherrschung entwickeln kann.

Gerade wir, die wir in Westeuropa die Tradition der Menschenrechte begründet haben, müssen auch dafür sorgen und dafür kämpfen, daß diese Menschenrechte geachtet werden, und zwar, wie ich nochmals betone, überall, nicht etwa nur im Lande A und nicht nur im Lande B, sondern in allen Ländern.

Wir in Europa, die wir in der Zeit des Kolonialismus eine gewisse Schuld auf uns geladen haben, müssen den Völkern in Afrika helfen, ihre eigenen Probleme in die Hand zu nehmen und sie zu lösen. Der Nord-Süd-Dialog, der heute eine so große Rolle spielt, muß speziell im Verhältnis Europa/Afrika entwickelt werden, und zwar zum Nutzen aller, der Europäer und der Afrikaner. Ich habe auch darauf verwiesen, daß etwa die Konvention von Lomé einen sehr erfolgversprechenden Ansatz für diese gemeinsame Arbeit darstellt.

Des weiteren muß dieses Europa an seine eigene Sicherheit denken, und es muß beachten, daß es nicht zu einer Intervention anderer Staaten in Afrika — die dort ein militärisches Potential aufbauen, das sich gegen Europa richten könnte — kommt.

Lassen Sie mich hier eine Bemerkung zum **Waffenhandel** machen. Ich glaube, es gehört zu den großen Sünden der entwickelten Staaten dieser Erde — die diese Sünde allerdings gemeinsam mit den weniger entwickelten begehen —, daß ein großer Teil des Nationalprodukts weniger entwickelter Staaten für Waffenkäufe verwendet wird und für die Entwicklung dieser Länder fehlt. Ich will hier gar nicht rechten; auch hier muß man von primitiven Schemata — rot und schwarz, weiß und schwarz, rechts und links — wegkommen. Aber wenn wir uns die Liste der Waffenverkäufe ansehen und uns vor Augen führen, wer Waffen nach Afrika liefert, kommen wir zu sehr erstaunlichen Ergebnissen. An erster Stelle steht die Sowjetunion, knapp dahinter kommen die Vereinigten Staaten, und denn folgen noch einige andere Länder. Ich glaube, wir in Europa sollten unseren Einfluß dafür geltend machen, daß dieser Waffenhandel nach Afrika nicht zunimmt, sondern im Gegenteil zurückgedrängt wird. Ich betone noch einmal, daß das für alle afrikanische Staaten gilt, damit auch hier nicht etwa wieder nur einseitig ein Problem gesehen werden kann.

Schließlich ein weiterer Punkt: Unabhängigkeit, Freiheit der afrikanischen Staaten und Achtung der Menschenrechte, das muß unser Ziel sein. Uns in Europa ist am meisten gedient, wenn afrikanische Staaten frei und unabhängig — ohne Intervention von außen, sozusagen ohne Instrument der Weltpolitik zu sein, wenn ich es einmal so formulieren darf — ihre Probleme selbst lösen können. Wir in Westeuropa müssen das erste Interesse daran haben, daß in Afrika die Probleme von unabhängigen und freien Staaten gelöst werden.

Ein letzter Rat, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit auch in der Westeuropäischen Union etwas zu wenig nach Süden, auf den afrikanischen Kontinent, gesehen. Wir müssen innerhalb der Westeuropäischen Union mit mehr Aufmerksamkeit auch auf den afrikanischen Kontinent schauen, und wir müssen vor allem dazu kommen, daß die Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union bei ihrer Politik gegenüber Afrika noch zu einer engeren Konsultation, zu einer engeren Zusammenarbeit kommen. — Ich danke Ihnen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die fortgeschrittene Zeit veranlaßt mich, in dem, was ich jetzt zu sagen habe, sehr kurz zu sein.

Ich möchte zunächst einmal allen danken, die an dieser Debatte teilgenommen haben. Denn es ist eine gute demokratische Tradition, zu einem Bericht je nach dem politischen Standpunkt, den der einzelne hat, unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen. Aufgabe des Rapporteurs ist es — so verstehe ich diese Aufgabe zumindest —, eine ausgewogene Vorlage zu erarbeiten, die es einem möglichst großen Teil der Mitglieder unserer Versammlung erlaubt, der Recommendation zuzustimmen.

Ich möchte auf das, was die Redner im einzelnen gesagt haben, gar nicht eingehen; denn bei 12 Rednern, die an dieser Debatte teilgenommen haben, wäre sonst eine Bevorzugung des einen gegenüber dem anderen nicht zu vermeiden. Aber eines möchte ich doch unterstreichen. Meine persönliche Sympathie gehört denjenigen, die sich dafür ausgesprochen haben, bezüglich der Probleme in Afrika und vor allem auch in Südafrika eine möglichst ausgewogene, ausbalancierte Haltung einzunehmen. Einer hat gesagt, wenn man gegen ein Land harte Maßnahmen ergreife, so daß überhaupt kein Dialog mehr möglich sei, werde man ein solches Land nur noch sehr schwer beeinflussen können. Ich möchte **Südafrika** beeinflussen.

Hier möchte ich gerade an das anknüpfen, was der holländische Kollege gesagt hat, der ja praktische Erfahrungen hinsichtlich Südafrika hat. Er hat betont, daß es darauf ankommt, von unserer demokratischen Gesinnung und Einstellung her einen Einfluß auf die gegenwärtige Regierung in Südafrika zu nehmen, um ihr zu zeigen, daß sie einen falschen Weg geht und einen richtigen Weg gehen muß.

Sicher ist es auch so, wie Sir Frederic Bennett es gerade gesagt hat: wenn jemand an die Wand ge-

drückt ist, werden sich die Anhänger um diesen Mann scharen. Sicher hat er recht, wenn er meint, daß die Regierung Vorster wahrscheinlich bei den nächsten Wahlen mehr Stimmen bekommen wird als bei den letzten Wahlen. Nur hoffe ich, daß dieses bessere Stimmergebnis die Regierung Vorster nicht veranlassen wird, zu sagen: Hinter uns stehen soundso viel Prozent unserer Bevölkerung, die abstimmen kann — „die abstimmen kann", sage ich ausdrücklich dazu —, und wir können tun und lassen, was wir wollen. Vielmehr hoffe und wünsche ich, daß eine Entwicklung eingeleitet wird, die dazu führt, daß man in Afrika trotz eines solchen Stimmergebnisses etwas auf die Stimmen von außerhalb, auf die Stimmen derjenigen hört, die wie wir hier mit guten Ratschlägen zur Seite stehen.

Was die Maßnahmen gegen Südafrika betrifft, so bin ich der Meinung, daß wir hinsichtlich der Waffenlieferungen einen festen Standpunkt einnehmen sollten. Hierfür gibt es, glaube ich, auch eine vernünftige Begründung.

Was andere, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen angeht, über die hier gesprochen worden ist, so bin ich sehr skeptisch. Denn ich bin der Meinung, solche Zwangsmaßnahmen führen in dem Land, gegen das sie ergriffen werden, eher zur Entwicklung einer eigenständigen Produktion mit dem Ziel, unabhängig zu werden. Indirekt würde dadurch möglicherweise eher eine Stärkung des südafrikanischen Regimes bewirkt als das Gegenteil. Wir haben hier ja das Beispiel Rhodesien. Gegen Rhodesien ist seit zehn Jahren der härteste Boykott verhängt. Rhodesien ist ein viel kleineres Land: dort leben 270 000 Weiße, in Südafrika sind es 4,3 Millionen. Und trotz dieser Boykottmaßnahmen ist Rhodesien nicht in die Knie gezwungen worden. Ich warne also davor, hier einseitig Hoffnungen auf solche Maßnahmen zu setzen, die uns wahrscheinlich nicht weiterhelfen werden.

Von verschiedenen Seiten ist kritisiert worden, daß ich im Bericht andere Staaten — Uganda, die Zentralafrikanische Republik usw. — nicht ausdrücklich erwähnt habe. Warum habe ich das nicht getan? In meiner Erläuterung hier vom Rostrum aus habe ich es ja getan. Im Bericht habe ich deswegen davon abgesehen, weil die Liste solcher Länder sehr umfangreich sein könnte und trotzdem vielleicht nicht vollständig wäre. Ich habe in dieser Beziehung eine pauschale Bemerkung gemacht. Denn ich meine, wir sollten die Verletzung der Menschenrechte, ganz gleich, wo sie erfolgt, erwähnen, ohne jedoch den einzelnen afrikanischen Staat, den dies betrifft, aufzuzählen. Allein über Uganda könnte man ein ganzes Weißbuch veröffentlichen. Das würde weit über das hinausgehen, womit wir in dieser Versammlung uns zu beschäftigen haben.

Zu dem, was Mr. Hardy gesagt hat, möchte ich bemerken, es ist vollkommen richtig, daß in Punkt 27 steht, daß dies noch nicht veröffentlicht wurde. Inzwischen ist es veröffentlicht. Wir werden die britisch-amerikanischen Vorschläge einfügen und uns selbstverständlich korrigieren. Der ursprüngliche Entwurf des Berichts stammt ja aus der Zeit vor dem 1. September, und das ist dann einfach übersehen worden.

Zu dem, was der Kollege Cermolacce ausgeführt hat, will ich nichts weiter sagen. Das habe ich, vorausahnend, was kommen könnte — Parlamentarier haben ja gelegentlich politische Vorahnungen —, schon in meinen Bemerkungen zu Beginn der Debatte angeführt, als ich davon sprach, man müsse hier von dem Schema des Klassenkampfes abgehen. Ich habe ja das Beispiel Südafrika gebracht, wo der größte Kapitalist gegen die Apartheid ist, während die Vertretung der Arbeiterklasse, die weiße Gewerkschaft, für die Apartheid ist.

Hier kann man mit den Schemata des vorigen Jahrhunderts, so möchte ich es einmal formulieren, im einzelnen nichts anfangen, und es nützt auch nichts, lieber Kollege Cermolacce, wenn man hier wieder die alte Leier von den multinationalen Konzernen und ähnlichem herunterbetet, die bei Ihnen leider bei jedem Punkt kommt, ob es um Afrika oder um irgendein anderes Problem geht; es ist immer dasselbe, und das hilft uns — ich sage das ganz offen — in diesem Zusammenhang nicht weiter.

Die letzte Bemerkung: Wir alle sollten uns in dieser Debatte der Tatsache bewußt sein, daß wir mit unseren Beiträgen sicher die Aufmerksamkeit auch in unseren Staaten auf diese afrikanischen Probleme gelenkt haben, und ich möchte für mich persönlich nur die Hoffnung aussprechen, daß einiges von dem, was heute gesagt wurde, bei denen, die es in Afrika hören sollten, eine gewisse Wirkung hat und sie vielleicht dazu veranlaßt, ihre Politik zu ändern, sie auf einen vernünftigen Weg zu bringen.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Der Berichterstatter hat seine Arbeit zu einer Zeit fertiggestellt, als in Afrika vieles von dem, was uns inzwischen bekanntgeworden ist, noch nicht geschehen war. Das fehlt und müßte jetzt natürlich mit in Betracht gezogen werden.

Andererseits ist es ganz deutlich, daß die afrikanischen Probleme in der Zahl, in der sie vorhanden sind, unmöglich befriedigend in einem solchen Bericht dargestellt werden konnten. Das war eigentlich von vornherein die Schwierigkeit, in der man sich bei einem solchen Bericht befindet. Natürlich ist auch in der Debatte zum Ausdruck gekommen, daß der eine oder der andere dieses oder jenes erwähnt oder deutlicher angesprochen haben möchte bzw. den Akzent so oder so gesetzt haben möchte. Auch mir geht es selbstverständlich so, daß ich einiges anders sehe, als der Berichterstatter es sieht.

Zu **Afrika** insgesamt will ich nur noch ein paar Worte sagen. Der Berichterstatter hat recht, wenn er meint, daß wir in Europa viel mehr und viel klarer auf Afrika schauen müßten, daß wir die Probleme wirklich kennenlernen müßten. Wir glauben

nämlich sehr schnell, wir kennten sie schon, und glauben uns vor allen Dingen berechtigt, zu urteilen, ja Änderungen herbeiführen zu müssen. So ist in verschiedenen Diskussionsbeiträgen gesagt worden: Wenn wir dort Demokratien schaffen wollen ... — Liebe Kollegen, wir können dort gar nichts schaffen, und wir sollten uns völlig klar darüber sein, daß das unerlaubte Eingriffe in anderer Völker Angelegenheiten wären. Auch wenn Menschen schwarz sind, haben sie die Berechtigung, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln, und das gilt auch dann, wenn sie sich etwa hinsichtlich der Bildung ihrer Staatsform vielleicht auf einer Ebene bewegen, die wir schon hinter uns haben. Auch das berechtigt uns nicht dazu, ihnen hineinreden zu wollen.

Was nun **Südafrika** angeht, so ist leider mit der Regierung Vorster seit Jahren kein Dialog möglich; da muß ich dem Berichterstatter widersprechen. Alle Versuche haben sich als umsonst erwiesen, und deswegen sind wir in die unangenehme Lage geraten, Druck ausüben zu müssen. Ich weiß einerseits sehr wohl, daß Druck natürlich Gegendruck produziert. Andererseits aber ist in dieser Situation eigentlich kaum ein anderer Weg mehr möglich, wenn wir darauf beharren wollen, daß die **Menschenrechte** auch in Südafrika gelten müssen.

Wenn hier ein Redner gesagt hat, daß das Recht immer gilt, egal ob schwarz oder weiß, daß es also gleichermaßen gilt, so ist hier doch insofern ein Unterschied zu machen, als in Südafrika wir Europäer involviert sind, d. h. daß das, was dort geschieht, uns als Europäer mittrifft. Ich will sagen, wir sind durch die Probleme in Südafrika nicht ganz unbetroffen, deswegen sind wir mehr beteiligt, und es muß uns mehr am Herzen liegen, daß dort ein demokratisches Land entsteht, d. h. daß dort alle Bürger Menschen- und Bürgerrechte bekommen. Sie können nicht einfach, wie hier vorgeschlagen wurde, woandershin gehen. Das finde ich nun skurril, denn wer von uns würde wohl, wenn es uns in unserem Heimatland nicht paßt, gern den Vorschlag entgegennehmen: na gut, dann geht doch woandershin. Ich meine, das ist keine Basis einer politischen Debatte.

Eines jedenfalls sollten wir sicher sehen: daß es den Völkern in Afrika, die um ihre Befreiung von Unterdrückung kämpfen und die für ihre Bürgerrechte, für ihre Menschenrechte kämpfen, nicht darum geht, eine fremde Ideologie einkaufen zu wollen. Sie haben ihre ganz bestimmten eigenen Gründe, aus denen sie kämpfen, und das müssen wir respektieren.

Dieser Bericht ist, glaube ich, alles in allem gesehen, — so beschränkt er im Grunde nur sein kann, weil eben nicht alle Probleme zu erfassen sind — so geartet, daß wir ihn gelten lassen können. Und auch die Empfehlung, über die wir allerdings noch reden müssen, weil ja eine ganze Reihe von Amendments vorliegen, könnte angenommen werden. — Danke schön.

(Beifall)

Mittwoch, 30. November 1977

Tagesordnungspunkt:

Die Verbreitung der Kernenergie und die Verteidigungsprobleme

(Drucksache 760)

Berichterstatter: Abg. Jessel

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte auch ich dem Herrn Kollegen Jessel zu seinem Bericht sehr herzlich gratulieren. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Herr Kollege Jessel diesen Bericht in kurzer Zeit erstellt hat. Bei einigen Beiträgen habe ich dazu eigentlich einen gewissen Unterton der Kritik in dem Sinne gespürt, daß eine so wichtige Frage hier in einer so kurzen Zeit so umfangreich abgehandelt worden sei. Vielleicht hat da auch einmal ein bißchen ein Vorwurf mitgeklungen. Als Mitglied des Ausschusses möchte ich hier erklären, daß der Kollege Jessel diesen Bericht gerade übernommen hat, weil er ohnehin ein ganz vorzüglicher Fachmann auf diesem Gebiet ist; er hatte es deswegen am leichtesten, diesen Bericht von Herrn van Kleef zu übernehmen.

In der Frage der **friedlichen und der militärischen Verwendung der Atomkraft** ist eine Trennungslinie zwischen rational begründetem Widerstand und irrationaler Angst heute überhaupt nicht mehr zu ziehen. Da gibt es keine Trennungslinie mehr; die Atomgegner haben gute Gründe, genauso wie diejenigen, die für die Atomenergie sprechen. Angst und sachliche Begründung gehen ineinander über, und das zeigt, glaube ich, wie so viele Debatten, die in diesem Zusammenhang geführt worden sind, auch die Debatte, die wir hier heute führen.

Jeder Fortschritt hat — auch darauf ist heute morgen schon verwiesen worden — sein Risiko, angefangen bei der Dampfmaschine bis hin zum Kraftfahrzeug. Im übrigen haben diejenigen, die vor Jahrzehnten vorausgesagt haben, das Kraftfahrzeug werde sehr große Gefahren für die Menschheit bringen, natürlich — wenn wir das heute sehen — recht gehabt. Nur war es damals noch nicht möglich, solche Ängste so weit zu verbreiten, wie es heute mit Hilfe der Medien möglich ist, es war noch nicht möglich, das so breit zu diskutieren, und es gab im Durchschnitt auch noch nicht den Bildungsstand der Bevölkerung, der es heute eben einem sehr großen Teil der Menschen ermöglicht, der Diskussion über diese Probleme zu folgen.

In Ergänzung des Berichts möchte ich drei oder vier Punkte noch etwas vertiefen, die mir sehr oft vergessen zu werden scheinen. Da ist einmal heute doch die Erkenntnis vorhanden — und darauf muß man besonders verweisen —, daß die **Trennungslinie zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Kernenergie,** die noch der Nichtverbreitungsvertrag voraussetzt, eigentlich gar nicht mehr gegeben ist. Es war schon — aus heutiger Sicht — et-

was naiv, noch vor wenigen Jahren anzunehmen, man könnte, wie der Nichtverbreitungsvertrag es tut, eine klare Trennungslinie zwischen der militärischen Verwendung der Kernenergie auf der einen Seite und der zivilen, der friedlichen Verwendung auf der anderen Seite ziehen. Das ist die eine Schwierigkeit.

Das zweite, worauf man verweisen muß, ist folgendes. Weil dies so ist, weil also sowohl Länder, die den Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben haben, als auch solche, die ihn nicht unterschrieben haben, die Möglichkeit haben, von der friedlichen Seite aus in den militärischen Bereich hineinzugehen, ist es so wichtig, gerade Länder, die nicht unterschrieben haben, durch besondere Abkommen zu binden. Nehmen wir als Beispiel **Brasilien**, von dem wir wissen, daß es schon vor Jahren mit der Bundesrepublik Deutschland einen Vertrag geschlossen hatte, der auf Grund des Wunsches von Präsident Carter wieder in die Diskussion kam. Brasilien hatte den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterschriebe, und erst im Zusammenhang mit der deutschen Lieferung ist es gelungen, Brasilien so anzubinden, wie es angebunden wäre, wenn es den Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben hätte.

Der dritte Punkt, auf den ich eingehen will, ist das **Plutonium.** Wann immer über militärische Gefahren im Zusammenhang mit der Kernenergie gesprochen wird, spricht man eigentlich nur über Plutonium. Ich möchte sagen, daß das eine sehr verengte Betrachtungsweise ist. Wir alle wissen, daß wir — und das ist schlimm — bis 1985 allein aus den Leichtwasserreaktoren etwa 500 oder mehr Tonnen Plutonium — man kann über die Zahlen streiten; ich verweise auf den Bericht — in der Welt haben werden, und daß man schon mit 5,5 Kilogramm eine Atombombe herstellen kann. Nur kann man eben Plutonium, das für eine Bombe geeignet ist, leider nicht nur mit Hilfe einer Wiederaufbereitungsanlage herstellen. Wir sollten uns daran erinnern, daß schon die Bombe, die auf Nagasaki fiel, Plutoniumbestandteile hatte. Daraus ergibt sich, daß jedes Land, welches aus nur militärischen Gründen eine Plutoniumbombe produzieren will, dazu mit relativ begrenzten finanziellen Mitteln die Möglichkeit hat. Wir sollten also nicht glauben, daß es nur bei großen Wiederaufbereitungsanlagen mit sehr erheblichem Aufwand wie z. B. bei der nach Brasilien zu liefernden Anlage die Möglichkeit gäbe, Plutoniumbomben herzustellen. Leider ist es anders. Jeder Staat, der über ein gewisses technisches Atomwissen verfügt, hat heute leider die Möglichkeit, das bei nur militärischer Zielrichtung zu tun.

Deswegen sollte man auch darauf hinweisen, daß es Atombomben nicht nur auf Plutoniumbasis, sondern auch auf Uranbasis geben kann, wozu also nur die Anreicherungsanlage nötig ist. Man sollte auch darauf verweisen, daß die Versuche, mit Laserstrahlen Wasserstoffbomben zu zünden, leider Gottes ziemlich weit gediehen sind. Und schließlich sollte man sagen, daß es die Möglichkeit gibt, mit herkömmlichem Sprengstoff radioaktives Material zu verstreuen und so eine Verseuchung herbeizuführen. Mithin gibt es eine ganze Menge von Möglichkeiten für ein Volk mit technischem Wissen, Atomenergie ganz abseits von jeder friedlichen Verwendung, also nur für militärische Zwecke und dann auch mit begrenztem Aufwand zu verwenden.

Deswegen ist es so wichtig und so gut, daß der Bericht von Herrn Jessel das Schwergewicht auf die Gefahren legt, die durch eine mißbräuchliche Verwendung der Atomenergie infolge des **Terrorismus** drohen. Das ist nämlich im Blick auf den Vorrat an Plutonium — und an was auch immer; ich verweise auf den Bericht — die wirkliche Gefahr! Da liegen meinem Gefühl nach viel größere Gefahren, als sie im rein militärischen Bereich gegeben sind, und zwar gerade deshalb, weil diese Gefahren unkontrollierbar und naturgemäß nicht durch Verträge abzusichern sind.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das waren ein paar Bemerkungen, die ich hier ergänzend machen wollte. Es wird immer gesagt und geglaubt, wir würden mit dem Plutonium-Zeitalter die Büchse der Pandora öffnen. Ich wollte darauf hinweisen, daß leider, jedenfalls was den militärischen Bereich betrifft, die Büchse der Pandora bei der Verbreitung und bei den vielen technischen Möglichkeiten, die man nun einmal sehen muß, längst geöffnet ist. Und wesentliche Gefahren der Atomenergie liegen auf dem Gebiet des Terrorismus, was bedeutet, daß wir den Vorschlägen und Empfehlungen des Berichts von Herrn Jessel folgen und uns alle darin einig sein sollten, auch im Hinblick auf die Gefahren bei der Kernenergie den Terrorismus in Europa zu bekämpfen.

Empfehlung Nr. 310

betr. die Verbreitung der Kernenergie und die Verteidigungsprobleme

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß die Kernenergie eine Realität des internationalen Lebens ist, die schon gegen Ende dieses Jahrhunderts einen hohen Prozentsatz der Elektrizität in der Welt liefern wird, daß aber zweifellos später mehrere Alternativen im Energiebereich vorhanden sein werden und daß die Entscheidungen hinsichtlich der Kernenergie dem wichtigen Anliegen Rechnung tragen müssen, jegliche weitere Verbreitung von Kapazitäten zur Herstellung von Kernwaffen zu vermeiden;

ist sich bewußt, daß die Internationale Atomenergiebehörde in Wien gegenwärtig Garantie- und Kontrollmaßnahmen nur bei bestimmten Nukleareinrichtungen und besonderen Nuklearstoffen, die auf Grund von bilateralen Abkommen eingeführt wurden, und bei Nuklearmaterial durchführt, das entweder auf dem Hoheitsgebiet von Parteien lagert, die, ohne im Besitz von Atomwaffen zu sein, den Nichtweitergabevertrag unterzeichnet haben, oder deren Kontrolle unterliegen;

begrüßt das Abkommen, das die fünfzehn im Nuklearbereich exportierenden Länder im September 1977 in London geschlossen haben, um künftig je-

den weiteren Verkauf von nuklearem Ausrüstungsmaterial und Nukleartechnologie ohne entsprechende Garantien und Kontrollen zu verhindern;

unterstreicht die Notwendigkeit, jede Art von Garantie- und Kontrollmaßnahmen zu vermeiden, die den derzeitigen Vertrag über die Nichtverbreitung unterhöhlen könnten, der allen Ländern gleichberechtigt Zugang zur Nukleartechnologie für friedliche Zwecke garantiert,

empfiehlt dem Rat

die Mitgliedsregierungen nachdrücklich aufzufordern:

1. die weltweite Zusammenarbeit zur Überwachung der verschiedenen Aktivitäten im Kernenergiebereich zu fördern;
2. die diplomatischen Möglichkeiten voll auszuschöpfen, um die internationalen Garantien und Kontrollen weltweit zu verstärken, die Zuständigkeit der Internationalen Atomenergiebehörde zu erweitern und multinationale Nuklearbrennstoffzentren zu errichten;
3. ihre Politik mit den anderen Lieferländern abzustimmen, um die Gewährung jeglicher zivilen nuklearen Unterstützung an Drittländer davon abhängig zu machen, daß diese alle Sicherheitsmaßnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde für alle auf ihrem Hoheitsgebiet oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Nukleareinrichtungen und -stoffe akzeptieren;
4. die Entwicklung und internationale Anwendung von Verfahren und Maßnahmen zu beschleunigen, um Nukleareinrichtungen und -material in Lagern oder im Transit vor Zugriff oder Entwendung durch Terroristen zu schützen.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und Probleme in Afrika
(Abstimmung)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident, ich hatte gestern abend nach der Abstimmung über die Amendements keine Gelegenheit mehr, noch zusammenfassend Stellung zu nehmen. Ich hätte das jetzt ganz gern in kurzer Form getan.

Dieser Wortmeldung wird mit Hinweis auf die Geschäftsordnung, die nach Beginn der Abstimmung keine Aussprachebeiträge mehr erlaubt, nicht entsprochen.

In einer folgenden Geschäftsordnungsdebatte über das Quorum der Versammlung geht es darum, ob im Saal anwesende, jedoch an der Abstimmung nicht teilnehmende Abgeordnete bei der Feststellung des Quorums mitzuzählen sind.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte an das anknüpfen, was der Kollege Roper sagte; denn ich meine, er hat im Grunde genommen recht. Das zeigt die ganze Dialektik, die in diesem Prozeß angewandt wurde: In dem Fall, wo es unangenehm ist, wendet man diesen Paragraphen an, wenn es nicht unangenehm ist, wendet man ihn nicht an. Ich möchte das an einem Beispiel aufzeigen. Sollte Herr Roper recht haben, daß nicht in den Abstimmungsprozeß eingetreten werden darf, wenn man sieht, daß keine Mehrheit vorhanden ist, dann hätte die Abstimmung gestern abend gar nicht eröffnet werden dürfen, weil gestern abend sicher keine Mehrheit vorhanden war. Es ist absolut unrecht, mich dann nicht mehr das Schlußwort sprechen zu lassen. Mit diesen Methoden soll offensichtlich einem Teil der Mund verboten werden, während andererseits in dialektischer Methode eine Entschließung so verändert werden soll, daß sie nicht mehr dem entspricht, was man ursprünglich selbst eingebracht hat. Dazu wäre im Ausschuß Gelegenheit gewesen. Das hat man nicht getan; da gab es keine Gegenstimmen und nur vier Enthaltungen. Das ist Dialektik, wie sie Friedrich Engels in der Arbeit über Eugen Dühring beschrieben hat.

Mattick (SPD): Herr Präsident, wenn nicht ein Übersetzungsfehler vorhanden ist, haben Sie das Zahlenergebnis der Abstimmung noch nicht bekanntgegeben. Ich möchte Sie bitten, das zu tun, damit wir wenigstens wissen, welche Minderheit die Mehrheit terrorisiert.

Der Präsident erklärt, daß er nach Art. 36 der Geschäftsordnung hierzu nicht befugt sei.

Dr. Enders (SPD): Ich möchte mich dagegen verwahren, daß Herr Müller dieses Hohe Haus diskriminiert hat, indem er sagte, hier würden dialektische Methoden angewendet. Es handelt sich um die Auslegung der Geschäftsordnung durch den Herrn Präsidenten, es handelt sich um eine demokratische Debatte von Angehörigen dieses Hohen Hauses, und ich möchte bitten, daß dem, was Herr Müller hier vorgetragen hat, widersprochen wird. Dieses Hohe Haus steht auf dem Boden der demokratischen Debatte und wird stets auf diesem Boden bleiben.

Tagesordnungspunkt:

Die Fortschritte auf dem Gebiet der Raumfahrt
(Drucksache 755)

Berichterstatter: Abg. Valleix

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Staatssekretärs im Außenministerium, Jean-François Deniau

Tagesordnungspunkt:

Die strategische Mobilität
(Drucksache 758)

Berichterstatter: Abg. Tanghe

Tagesordnungspunkt:

Der internationale Terrorismus

(Drucksache 761)

Berichterstatter: Abg. Dr. Müller

Frau von Bothmer (SPD): Wir haben diese Resolution gegen den Terrorismus vorliegen. Ich gestehe, daß sie ein wenig mit der heißen Nadel gemacht worden ist. Ganz zufrieden kann man mit ihr nicht sein. Dennoch möchte ich sie vorlegen, weil der Ausschuß beschlossen hat, sie vorzulegen. Ich sehe allerdings, daß wir kaum noch beschlußfähig sind, um über eine so wichtige Sache zu beschließen.

Der Präsident fragt, ob dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzungsperiode verschoben werden solle.

Frau von Bothmer (SPD): Angesichts der geringen Zahl von Kollegen, die noch hier sein können, möchte ich dafür plädieren, daß wir dies an den Ausschuß zurücküberweisen, noch einmal gründlicher überarbeiten und erneut vorlegen.

Tagesordnungspunkt:

Beziehungen zu den Parlamenten

(Drucksache 762)

Berichterstatter: Abg. Reid

Abg. Whitehead (Großbritannien) kritisiert scharf die geringe Präsenz in der Versammlung. Hierauf antwortet Abg. Dr. Mende:

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Fairneß gebietet es, hier festzustellen, daß die Kritik des Kollegen Whitehead, wenn sie auch berechtigt ist, heute nicht voll angebracht ist. Sicher gelten heute in besonderem Maße mildernde Umstände, weil wegen des morgen drohenden Streiks in der Republik Frankreich viele Kolleginnen und Kollegen bereits abgereist sind, die sonst sicher hier gewesen wären. Etwas, Kollege Whitehead, spielt leider bei der heutigen schlechten Besetzung höhere Gewalt mit. Wir alle beklagen diese schlechte Besetzung. Aber die ganze Tagung stand leider unter dem Druck und der Drohung eines außergewöhnlichen innenpolitischen Vorgangs in der Republik Frankreich, speziell in Paris.

Tagesordnungspunkt:

Verfahren bei der Wahl des Präsidenten der Versammlung, falls nur ein Kandidat vorhanden ist

(Drucksache 751)

Berichterstatter: Abg. Jessel